

# Gut.



Sparkasse  
Erwitte-Anröchte

**152. Geschäftsjahr**



# Lagebericht 2016

## A. Grundlagen der Sparkasse

Die Sparkasse Erwitte-Anröchte mit Sitz in Erwitte wurde am 1. August 1865 gegründet.

Die Sparkasse ist gemäß § 1 SpkG eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe (SVWL), Münster, und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. (DSGV), Berlin und Bonn, angeschlossen. Sie ist beim Amtsgericht Paderborn unter der Nummer A 3763 im Handelsregister eingetragen.

Träger der Sparkasse ist der Sparkassenzweckverband, der von der Stadt Erwitte und der Gemeinde Anröchte gebildet wird. Der Sparkassenzweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Sitz in Erwitte und ist ebenfalls Mitglied des SVWL. Satzungsgebiet der Sparkasse ist das Gebiet des Trägers und der übrigen Städte und Gemeinden des Kreises Soest.

Die Sparkasse ist Mitglied im bundesweiten Haftungsverbund der Sparkassen-Finanzgruppe, der aus Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen besteht.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe als Einlagensicherungssystem nach dem Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) amtlich anerkannt. Es besteht nun aus einer freiwilligen Institutssicherung und einer gesetzlichen Einlagensicherung.

Die Sparkasse ist ein regionales Wirtschaftsunternehmen mit der Aufgabe, die geld- und kreditwirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere im satzungsrechtlichen Geschäftsgebiet sicherzustellen. Daneben ist das soziale und kulturelle Engagement der Sparkasse zu nennen. Im Rahmen der Geschäftsstrategie sind die Grundsätze unserer geschäftspolitischen Ausrichtung zusammengefasst und in die operativen Planungen eingearbeitet. Die übergeordneten Ziele werden im Lagebericht im Folgenden dargestellt. Durch die zielorientierte Bearbeitung der strategischen Geschäftsfelder soll die Aufgabenerfüllung der Sparkasse über die Ausschöpfung von Ertragspotenzialen sowie Kostensenkungen sichergestellt werden. Darüber hinaus hat der Vorstand die Risikostrategie überprüft und den veränderten Rahmenbedingungen angepasst. Die Strategien wurden mit dem Verwaltungsrat der Sparkasse erörtert und innerhalb des Hauses kommuniziert.

Aktuell führt die Sparkasse Sondierungsgespräche mit der Sparkasse Lippstadt über eine mögliche Fusion der beiden Häuser.

## B. Wirtschaftsbericht

### 1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2016

#### Wirtschaftsentwicklung

Die Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten zum Jahresbeginn 2016 und das unerwartete Austrittsvotum Großbritanniens aus der Europäischen Union haben das Expansionstempo der Weltwirtschaft nicht nachhaltig beeinträchtigt. Sie befindet sich weiterhin in einer moderaten Wachstumsphase. Zwar wurde die Dynamik in den großen Industrieländern von der schwächeren Entwicklung in den Vereinigten Staaten gedämpft. Jedoch stabilisierte sich die Lage in den Schwellenländern, was insbesondere auf die Festigung der Konjunktur in China zurückzuführen war. In den rohstoffexportierenden Schwellenländern dürfte sich die Stabilisierung des Ölpreises positiv ausgewirkt haben.

In den meisten Industrieländern tragen die aufwärts gerichtete Arbeitsmarktlage und die damit einhergehenden Einkommenszuwächse dazu bei, dass die Konjunkturerholungen überwiegend binnenwirtschaftlich getrieben sind.

Trotz der konjunkturellen Erholung der Weltwirtschaft ist eine Rückkehr zu den hohen Wachstumsraten der Vorkrisenzeit aus mehreren Gründen unwahrscheinlich. So war das Wachstum bis zum

Jahr 2008 überwiegend schuldenfinanziert und bildet damit einen falschen Maßstab. Außerdem ist die Produktivitätssteigerung derzeit geringer als in den 1990er- und 2000er-Jahren. Dies geht zudem mit relativ niedrigen Investitionen einher. Auffällig ist die schwache Entwicklung der Produktivität in den großen Industrieländern. In den vergangenen Jahrzehnten dürften Produktivitätsschübe insbesondere vom Boom der Informations- und Kommunikationstechnologien sowie von der Globalisierung und der Vertiefung der Wertschöpfungsketten gekommen sein. Die aktuellen eher protektionistischen Tendenzen und der geringe Ehrgeiz, effizienzsteigernde Reformen umzusetzen, lassen auf diesem Gebiet vorerst keine großen Fortschritte erwarten.

Das Wachstum der Weltwirtschaft wird vor allem von der sehr expansiven Geldpolitik getragen; sowohl in den Industrie- als auch in den Schwellenländern ist das Zinsniveau außergewöhnlich niedrig. Zudem haben die Zentralbanken der großen Industrieländer die gesamtwirtschaftliche Nachfrage mit umfangreichen quantitativen Lockerungsmaßnahmen gestützt. Grundsätzlich lassen sich dauerhaft höhere Wachstumsraten jedoch nicht mit geldpolitischen Maßnahmen erzielen; sie wirken nur temporär auf die Wirtschaftsleistung. Das derzeitige Wachstum der Weltwirtschaft dürfte sich daher als nicht nachhaltig erweisen. Eine nachhaltig stärkere wirtschaftliche Expansion kann nur durch Steigerungen der Produktivität und der Wettbewerbsfähigkeit in den einzelnen Ländern erreicht werden.

Im Euroraum hat sich die konjunkturelle Erholung in den vergangenen Monaten fortgesetzt. Seit mittlerweile drei Jahren steigt die gesamtwirtschaftliche Produktion kontinuierlich an. Problematisch ist allerdings, dass ein wesentlicher Teil des Wachstums auf die expansive Geldpolitik zurückgeht. Gleichzeitig nutzen die Regierungen der Mitgliedsstaaten die günstige Lage nicht hinreichend, um ihre Haushalte nachhaltig zu verbessern und marktorientierte Strukturreformen durchzuführen. Die Wirtschaftsleistung des Euroraums hat inzwischen das Vorkrisenniveau des Jahres 2008 übertroffen. Auch auf dem Arbeitsmarkt schreitet die Erholung voran; die Arbeitslosenquote liegt mit 10,1 % auf dem niedrigsten Stand seit dem Jahr 2011. Die damit einhergehenden Einkommenszuwächse treiben die Konsumnachfrage der privaten Haushalte.

Zu einem erheblichen Teil wird der Aufschwung allerdings von der anhaltend extrem expansiven Geldpolitik der EZB gestützt. Mit einem Bündel an unkonventionellen Maßnahmen hat die Notenbank die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen deutlich verbessert. Der Euro-Wechselkurs befindet sich auf einem niedrigen Niveau; die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen und Haushalte sind günstig. Ohne die Impulse der EZB wären die Wachstumsraten deutlich geringer ausgefallen. Die Erholung im Euroraum ist daher nicht selbsttragend.

Die aktuelle deutsche Wirtschaftsentwicklung liefert grundsätzlich ein positives Bild: Deutschland befindet sich im Aufschwung. Das reale Bruttoinlandsprodukt ist im Jahr 2016 um 1,9 % gestiegen (Vorjahr: 1,7 %). Getragen wird der Aufschwung von der dynamischen Binnennachfrage, insbesondere von der deutlichen Ausweitung der privaten Konsumausgaben und der Wohnungsbauinvestitionen. Die Konsumausgaben der Privathaushalte sind in diesem Jahr um 2,0 % angestiegen (Vorjahr: 2,0 %). Ausschlaggebend für die gute Konsumentenstimmung ist die positive Einkommensentwicklung, die wiederum auf die robuste Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in den vergangenen Jahren zurückzuführen ist. Die Arbeitslosenquote ist von 6,4 % im Vorjahr auf 6,0 % in diesem Jahr gesunken. Damit ist Deutschland nicht mehr allzu weit von der Vollbeschäftigung entfernt, die bis zu einer Quote von 5,0 % definiert ist. Die größte Herausforderung besteht aktuell darin, die hohe Anzahl anerkannter Asylbewerber in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Die Zuwachsraten der Exporte hat sich von 5,2 % im Jahr 2015 auf 2,5 % in diesem Jahr abgeschwächt. Dämpfend wirken die zögerliche Erholung der Weltwirtschaft und der wenig dynamische Welthandel. Darüber hinaus hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zuletzt leicht verschlechtert: Die positiven Effekte der zurückliegenden Euro-Abwertung laufen allmählich aus; zudem steigen die Lohnstückkosten.

Im Zuge des mittlerweile seit rund drei Jahren anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwungs hat die Auslastung der Produktionskapazitäten kontinuierlich zugenommen. Gleichwohl bleibt die Expansion der Unternehmensinvestitionen moderat; sie reicht nicht an das Niveau früherer Aufschwünge heran.

Die zurückhaltende Investitionsneigung ist auf einen breit gefächerten Anstieg der unternehmerischen Unsicherheit zurückzuführen. Hierzu haben die zunehmenden geopolitischen Risiken ebenso beigetragen wie die Sorgen über eine Abschwächung der Weltkonjunktur. Hinzu kam die Unsicherheit über die mittel- bis langfristigen Auswirkungen des Austritts Großbritanniens aus der Europäischen Union. Demgegenüber legen die privaten Wohnungsbauinvestitionen weiter dynamisch zu, und zwar um voraussichtlich 4,3 % in diesem Jahr (Vorjahr: 1,5 %). Ursächlich sind verschiedene

günstige Faktoren: Die Hypothekenzinsen haben neue Tiefstände erreicht, mit alternativen Kapitalanlagen sind kaum noch Renditen zu erzielen. Zudem ist die Einkommens- und Arbeitsmarktlage gut und insbesondere in urbanen Zentren steigt die Nachfrage nach Wohnraum. Einer stärkeren Expansion der Bautätigkeit steht die bereits hohe Kapazitätsauslastung in der Bauwirtschaft entgegen, die auch mit einem Anziehen der Baukosten einhergehen dürfte.

Der Anstieg des Verbraucherpreisniveaus fällt auch im Jahr 2016 mit 0,5 % erneut sehr gering aus (Vorjahr: 0,3 %). Ausschlaggebend sind die weiterhin niedrigen Energiepreise. Ohne Energie und Nahrungsmittel haben die Verbraucherpreise (Kerninflation) im vergangenen Jahr um 1,2 - 1,3 % zugelegt.

## **Zinsentwicklung**

Aus Sicht des Sachverständigenrates ist die Geldpolitik der EZB für den Euroraum derzeit nicht angemessen. Nach zahlreichen Lockerungen liegen der Hauptrefinanzierungssatz aktuell bei 0,0 % und der Einlagenzins bei -0,4 %. Zudem versorgt die EZB die Banken über mehrjährige Refinanzierungsgeschäfte zu sehr günstigen Finanzierungsbedingungen mit Liquidität im Umfang von aktuell 500 Mrd. €. Durch ihre Ankaufprogramme für Wertpapiere weitete die Notenbank ihre Bilanz außerdem erheblich aus. All diese Maßnahmen lassen sich mit den aktuellen Konjunkturdaten kaum in Einklang bringen.

## **2. Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2016**

- **EU-Einlagensicherung**  
Ab 01.01.2016 erfolgt die schrittweise Zusammenführung der nationalen Abwicklungsfonds zu einem einheitlichen europäischen Abwicklungsfonds (Vergemeinschaftung). Das Zielvolumen des einheitlichen, EU-weiten Abwicklungsfonds (Single Resolution Fund - SRF) soll zum 01.01.2024 erreicht sein. Durch die Bankenabgabe sollen die Kosten des systematischen Risikos des Kredit- und Handelsgeschäfts dem Finanzsektor auferlegt werden.
- **EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie**  
Am 21. März 2016 ist die Wohnimmobilienkreditrichtlinie in Kraft getreten, welche eine europaweite Standardisierung der Immobilienfinanzierungen und den Schutz der Kunden verfolgt. Die Umsetzung der Richtlinie hat erhebliche Auswirkungen auf Kredit- und Kreditfolgeprozesse im Baufinanzierungsbereich und gegebenenfalls in weiteren Finanzierungsbereichen.
- **Allgemeinverfügung für Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch**  
Am 23. Dezember 2016 hat die BaFin die finale Fassung der Allgemeinverfügung veröffentlicht. Kern der Allgemeinverfügung ist die Ableitung eines Kapitalzuschlags für Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch auf Basis des Verhältnisses aus höchster negativer Barwertänderung des Zinsbuchs (gemäß Baseler Zinsschock) und Gesamtrisikoposition (RWA gemäß COREP-Meldewesen).

## **3. Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs**

### **3.1 Bilanzsumme und Geschäftsvolumen**

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Jahr 2016 um 8,4 Mio. EUR bzw. 2,5 % auf 347,1 Mio. EUR. Damit wurde das geplante Wachstum von 2,2 % übertroffen.

Das aus Kundenaktiva, Kundenpassiva, Eventualverbindlichkeiten, unwiderruflichen Kreditzusagen und den Kundenbeständen im Wertpapiergeschäft bestehende Geschäftsvolumen erhöhte sich um 20,6 Mio. EUR oder 3,6 % auf 599,6 Mio. EUR.

### **3.2 Kreditgeschäft**

Insgesamt verlief die Entwicklung der Forderungen an Kunden gemessen an bilanziellen Werten mit einem Zugang von 2,6 % unterhalb der Planung von 4,3 %. Die Darlehenszusagen belaufen sich im Jahr 2016 auf 42 Mio. EUR. Die Darlehenszusagen zur Finanzierung des Wohnungsbaus erhöhten sich im Gesamtjahr um 9,1 % auf 19,1 Mio. EUR. Der Strukturanteil der Kundenforderungen an der Stichtagsbilanzsumme blieb mit 72,7 % nahezu konstant (Vorjahr 72,6 %).

Bei Privatpersonen gingen infolge der weiterhin hohen Sondertilgungen und der Verlagerung von

Konsumentenkredit an einen Verbundpartner die Forderungen um 0,1 Mio. EUR zurück. Das zugesagte Kreditvolumen an private Haushalte weist einen Rückgang von 11,0 % auf 14,6 Mio. EUR aus.

Im Kreditgeschäft mit Unternehmen und Selbstständigen erhöhte sich die Kreditanspruchnahme um 5,0 Mio. EUR. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus dem Ankauf von Zweitmarktpolice (1,5 Mio. EUR) und einer Termingeldanlage bei einem Finanzdienstleistungsinstitut (3,0 Mio. EUR). Die Darlehenszusagen sanken um 14,4 % auf 27,4 Mio. EUR.

### **3.3 Wertpapiereigenanlagen**

Zum Bilanzstichtag erhöhte sich der Bestand an Wertpapiereigenanlagen gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 3,8 Mio. EUR auf 54,8 Mio. EUR. Der Anstieg der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere in Höhe von 4,3 Mio. EUR erfolgte aufgrund der Liquiditätsanlage. Die Verminderung der Position Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere resultiert aus einer Bewertungsmaßnahme beim Wertpapierspezialfonds in Höhe von 0,4 Mio. EUR.

### **3.4 Beteiligungen / Anteilsbesitz**

Der Anteilsbesitz der Sparkasse per 31.12.2016 von 6,4 Mio. EUR entfiel mit 6,3 Mio. EUR auf die Beteiligung am SVWL und mit 0,1 Mio. EUR auf die indirekte Beteiligung an der Landesbank Berlin Holding AG. Saldiert mit einer notwendigen Bewertungsmaßnahme hat die Stammkapitalerhöhung der LBS West zu keiner bedeutenden Veränderung des Buchwertes der Beteiligung am SVWL geführt.

### **3.5 Geldanlagen von Kunden**

Die Sparkasse hatte für 2016 einen Rückgang bei den bilanzwirksamen Kundeneinlagen von 0,6 % erwartet. Tatsächlich wurde eine Erhöhung um 4,3 % erzielt. Die Privatkunden und die Unternehmen erhöhten ihre bilanziellen Einlagenbestände um 10,6 Mio. EUR. Aktuell verfügt die Sparkasse über einen bilanziellen Einlagenbestand von 257,7 Mio. EUR. Der Bestand an Spareinlagen wies einen Rückgang von 5,1 Mio. EUR auf. Sichteinlagen stiegen hingegen um 34,3 Mio. EUR. Der Anstieg resultierte wesentlich aus der Einstellung des aktiven Vertriebes von Termineinlagen. Der Bestand an Termingeldern ging um 20,2 Mio. EUR zurück und wurde im Wesentlichen in Sichteinlagen umgeschichtet. Die Sparkassenbriefe sind um 0,9 Mio. EUR angestiegen.

Die von Kunden unterhaltenen Wertpapierbestände wuchsen um 3,8 Mio. EUR oder 5,6 % auf insgesamt 71,8 Mio. EUR an.

### **3.6 Interbankengeschäft**

Die Forderungen an Kreditinstitute reduzierten sich um insgesamt 5,3 Mio. EUR oder 23,9 % auf 16,9 Mio. EUR. Der Bestand setzt sich hauptsächlich aus bei Kreditinstituten unterhaltenen Liquiditätsreserven und Schuldscheindarlehen zusammen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (einschließlich Treuhandverbindlichkeiten) verminderten sich um 4,1 Mio. EUR auf 54,7 Mio. EUR. Bei diesen Beständen handelt es sich im Wesentlichen um langfristige Weiterleitungsdarlehen.

### **3.7 Dienstleistungsgeschäft**

Das Wertpapiergeschäft wurde im Jahr 2016 maßgeblich von der weiteren Erholung der Kapital- und Aktienmärkte geprägt. Der Umsatzschwerpunkt lag im Jahr 2016 im Bereich der Aktien bzw. aktienorientierten Anlagen. Die von uns erwartete Belebung des Geschäftes zeigt sich in dem Umsatzplus von 10,7 Mio. EUR oder 25,3 % auf 53,0 Mio. EUR.

Im Jahr 2016 wurden insgesamt 284 Bausparverträge mit einem Vertragsvolumen von 10,4 Mio. EUR abgeschlossen. Mit diesem Vertriebsergebnis liegen wir leicht unter dem Niveau von 2015.

Der Absatz von Lebensversicherungen konnte hinsichtlich des Volumens auch im Jahr 2016 weiter verstärkt werden. Im Kompositbereich konnten die Vorjahreswerte nicht erreicht werden. Die angestrebten Zielwerte für das Kalenderjahr 2016 wurden - bis auf Lebensversicherungen in Stück - erreicht.

Im Bereich der Immobilienvermittlungen hat sich die Anzahl vermittelter Objekte um 5 Stück reduziert. Das Courtagevolumen ging ebenfalls leicht zurück.

Das Dienstleistungsgeschäft entwickelte sich - abgesehen von den Immobilienvermittlungen - im Rahmen der Erwartungen.

### **3.8 Investitionen**

Im Jahr 2016 wurden Investitionen zur weiteren Verbesserung unseres Beratungs- und Serviceangebotes in der Hauptstelle und unseren Geschäftsstellen vorgenommen. Darüber hinaus wurden Investitionen in Hard- und Software getätigt. Die Sparkasse hat unter anderem weitere Recycler für die SB-Foyers Erwitte und Bad Westernkotten angeschafft.

### **3.9 Personalbericht**

Am 31.12.2016 beschäftigte die Sparkasse Erwitte-Anröchte 100 Mitarbeiter/innen (Vorjahr 108), davon 35 Teilzeitkräfte (Vorjahr 37) und 7 Auszubildende (Vorjahr 7).

Im Jahr 2016 nahmen die Sparkassenmitarbeiter/innen an insgesamt 287,5 Tagen an fachlichen und vertriebsorientierten Schulungen teil. Hierbei nutzte die Sparkasse sowohl das Fortbildungsangebot der Sparkassenakademie NRW in Münster bzw. Düsseldorf als auch der Management-Akademie der Sparkassen-Finanzgruppe in Bonn sowie externer Dienstleister.

## **4. Darstellung, Analyse und Beurteilung der Lage**

### **4.1 Vermögenslage**

Die zum Jahresende ausgewiesenen Gewinnrücklagen erhöhten sich durch die Zuführung des Bilanzgewinns 2015. Insgesamt weist die Sparkasse vor Gewinnverwendung eine Sicherheitsrücklage von 17,4 Mio EUR (Vorjahr 17,2 Mio EUR) aus. Neben der Sicherheitsrücklage verfügt die Sparkasse über weitere Eigenkapitalbestandteile. So verfügt der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB nach Feststellung des Jahresabschlusses 2016 über ein Volumen in Höhe von 10,2 Mio EUR. Darüber hinaus besteht noch eine zusätzliche Vorsorge zur Absicherung des Risikos, das die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer der „Ersten Abwicklungsanstalt“ von 25 Jahren trägt.

Die Eigenkapitalanforderungen der CRR wurden jederzeit eingehalten. Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die risikobezogenen Positionswerte (Adressenausfall- und operationelle Risiken) übertrifft am 31.12.2016 – nach dem Stand zum Geschäftsschluss - mit 15,1 % den vorgeschriebenen Mindestwert von 8,0 % gemäß CRR zuzüglich des Kapitalerhaltungspuffers, des Kapitalzuschlags für Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch gemäß der Allgemeinverfügung der BaFin und den als Mindestgröße festgelegten Zielwert von 9,6 % deutlich. Die Kernkapitalquote beträgt 13,3 %. Die Leverage Ratio weist zum 31.12.2016 einen Wert von 7,2 % auf. Die Sparkasse weist damit eine angemessene Kapitalbasis auf.

## 4.2 Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer angemessenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die Liquiditätskennzahl der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht wurde stets eingehalten. Die Liquiditätskennzahl (31.12.2016: 2,86) lag im Berichtsjahr durchgängig über dem in der Risikostrategie festgelegten Mindestwert von 1,15. Die Liquidity Coverage Ratio (LCR) nach Art. 412 CRR i. V. m. Art. 4 delVO (EU) Nr. 2015/61 weist einen Wert von 320 % aus. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank geführt. Die Kredit- und Dispositionslinien bei der Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) wurden teilweise in Anspruch genommen. Ein Spitzenausgleich erfolgte durch Tagesgeldaufnahmen bzw. Tagesgeldanlagen ebenfalls bei der Helaba.

## 4.3 Ertragslage

Zur Analyse der Ertragslage wird für interne Zwecke und für den überbetrieblichen Vergleich der bundeseinheitliche Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation eingesetzt. Zur Ermittlung eines Betriebsergebnisses vor Bewertung werden die Erträge und Aufwendungen um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt, die in der internen Darstellung dem neutralen Ergebnis zugerechnet werden. Auf dieser Basis beträgt das Betriebsergebnis vor Bewertung 0,74 % (Vorjahr 0,78 %) der Durchschnittsbilanzsumme (DBS) des Jahres 2016; es lag damit über dem Planwert von 0,69 %. Im Vergleich mit den Sparkassen im SVWL wird ein unterdurchschnittlicher Wert erzielt. Dies gilt auch für die auf Basis der Betriebsvergleichswerte zur Unternehmenssteuerung eingesetzten Zielgrößen Eigenkapitalrentabilität und Cost-Income-Ratio (Verhältnis von Aufwendungen und Erträgen). Im Jahr 2016 haben sich diese wie folgt entwickelt: Die Eigenkapitalrentabilität vor Steuern (bezogen auf das offen ausgewiesene Kapital zum Jahresbeginn) lag mit 6,6 % unter dem Vorjahreswert von 12,8 %. Der Planwert von 4,7 % wurde überschritten. Das Verhältnis von Aufwendungen und Erträgen verbesserte sich von 74,6 % auf 74,2 %. Das Unternehmensziel für 2016 von 77,0 % konnte unterschritten werden. Die Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Nettogewinn (Jahresüberschuss) und Bilanzsumme, betrug im Geschäftsjahr 2016 0,06 %.

Im Geschäftsjahr hat sich der Zinsüberschuss wie erwartet rückläufig entwickelt. Er verminderte sich um 6,4 % auf 7,3 Mio. EUR. Durch die unverändert flache Zinsstrukturkurve ging der Fristentransformationsbeitrag weiter zurück. Demgegenüber entwickelte sich der Provisionsüberschuss besser als geplant. Er stieg um 11,1 % gegenüber dem Vorjahreswert. Des Weiteren ist der Personalaufwand entsprechend der Prognose gesunken. Die Personalaufwendungen reduzierten sich um 3,7 % auf 5,2 Mio. EUR. Bei dieser Entwicklung ist zu berücksichtigen, dass Effekte aus einem geänderten Abzinsungssatz für Pensionsrückstellungen im Jahr 2016 für Pensionsanwartschaften erstmals nichtmehr im Personalaufwand (Vorjahr 0,2 Mio. EUR), sondern im Zinsergebnis (0,2 Mio. EUR) ausgewiesen wurden. Der Sachaufwand verminderte sich um 4,0 % auf 2,4 Mio.

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Gewinn- und Verlustrechnung laut Jahresabschluss sind in der folgenden Tabelle aufgeführt. Die Erträge und Aufwendungen sind nicht um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt.



|  | 2016       | 2015       | Veränderung |            | Veränderung |             |
|--|------------|------------|-------------|------------|-------------|-------------|
|  | Mio. EUR   | Mio. EUR   | Mio. EUR    |            | %           |             |
| Zinsüberschuss                                   | 7,6        | 8,1        | -           | 0,5        | -           | 6,2         |
| Provisionsüberschuss                             | 3,0        | 2,7        | +           | 0,3        | +           | 11,1        |
| Sonstige betriebliche Erträge                    | 0,1        | 0,1        |             | ---        |             | ---         |
| Personalaufwand                                  | 5,3        | 5,7        | -           | 0,4        | -           | 7,0         |
| Anderer Verwaltungsaufwand                       | 2,1        | 2,2        | -           | 0,1        | -           | 4,5         |
| Sonstige betriebliche Aufwendungen               | 0,6        | 0,5        | +           | 0,1        | +           | 20,0        |
| <b>Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge</b> | <b>2,7</b> | <b>2,5</b> | <b>+</b>    | <b>0,2</b> | <b>+</b>    | <b>8,0</b>  |
| Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge         | 0,6        | 0,2        | +           | 0,4        | +           | 200,0       |
| Zuführungen Fonds für allgemeine Bankrisiken     | 1,2        | 1,0        | +           | 0,2        | +           | 20,0        |
| <b>Ergebnis vor Steuern</b>                      | <b>0,9</b> | <b>1,3</b> | <b>-</b>    | <b>0,4</b> | <b>-</b>    | <b>30,8</b> |
| Steueraufwand                                    | 0,7        | 1,1        | -           | 0,4        | -           | 36,4        |
| <b>Jahresüberschuss</b>                          | <b>0,2</b> | <b>0,2</b> |             | ---        |             | ---         |

|   |                                  |
|---|----------------------------------|
| Zinsüberschuss:                           | GuV-Posten Nr. 1 bis 4           |
| Provisionsüberschuss:                     | GuV-Posten Nr. 5 und 6           |
| Sonstige betriebliche Erträge:            | GuV-Posten Nr. 8 und 20          |
| Sonstige betriebliche Aufwendungen:       | GuV-Posten Nr. 11, 12, 17 und 21 |
| Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge: | GuV-Posten Nr. 13 bis 16         |

Die wichtigste Ertragsquelle der Sparkasse ist weiterhin der Zinsüberschuss. Dieser verminderte sich im vergangenen Geschäftsjahr um 6,2 % auf 7,6 Mio. EUR. Wesentliche Entlastungen ergaben sich im Zinsaufwand durch das Auslaufen von Festzinsvereinbarungen im Einlagengeschäft sowie durch ein insgesamt niedrigeres Zinsniveau im Bereich der variablen Produkte. Belastungen bestanden durch das Auslaufen von Festzinsvereinbarungen im Kundenkreditgeschäft sowie durch Fälligkeiten eigener Wertpapiere, die nur noch zu niedrigeren Zinssätzen angelegt werden konnten. Insgesamt ist der Zinsertrag in seiner Ergebniswirkung höher zurückgegangen, als der Zinsaufwand. Die gezahlten bzw. vereinnahmten negativen Zinsen haben in Summe das Zinsergebnis leicht positiv beeinflusst. Zudem wirkte der Unterschiedsbetrag gem. § 253 Abs. 6 HGB (Verlängerung des Glättungszeitraums bei der Ermittlung des Abzinsungssatzes für Pensionsrückstellungen von 7 auf 10 Jahre) von 0,6 Mio. EUR einem noch stärkeren Rückgang des Zinsüberschusses entgegen.

Der Provisionsüberschuss stieg wesentlich beeinflusst durch die Kontoführungsgebühren und Provisionserträge aus dem ausgelagertem Konsumentenkreditgeschäft um 11,1 % auf 3,0 Mio. EUR an.

Die Verwaltungsaufwendungen und sonstigen betrieblichen Aufwendungen konnten zum einen durch die erfolgreiche Umsetzung eines internen Projektes reduziert werden. Zum anderen wird, abweichend zum Vorjahr, bei den Pensionsrückstellungen der Effekt aus der Änderung des Abzinsungssatzes von 0,5 Mio. EUR (Vorjahr 0,4 Mio. EUR) entsprechend dem Auswahlrecht nach IDW RS HFA 30, TZ 87, anstatt im Personalaufwand im Zinsergebnis ausgewiesen. Insgesamt ermäßigten sich die Verwaltungsaufwendungen und sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 0,4 Mio. EUR auf 8,0 Mio. EUR.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen nach Verrechnung mit Erträgen (Bewertung und Risikovorsorge) wurden in Höhe von 0,6 Mio. EUR (Vorjahr 0,2 Mio. EUR) ausgewiesen. Im Hinblick auf die künftigen Eigenkapitalanforderungen nach Basel III wurde in 2016 der Sonderposten für allgemeine Bankrisiken gemäß 340g HGB um 1,2 Mio. EUR auf 10,2 Mio. EUR erhöht. Der Jahresüberschuss lag mit 0,2 Mio. EUR auf Vorjahresniveau.

Vor dem Hintergrund des intensiven Wettbewerbs und der ertrags- und risikoorientierten Wachstumspolitik des Instituts ist die Sparkasse mit dem Geschäftsverlauf im Jahr 2016 zufrieden.

## C. Nachtragsbericht

Die Nachtragsberichterstattung erfolgt gemäß § 285 Nr. 33 HGB im Anhang.

## D. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

### 1. Ziele und Strategien des Risikomanagements

Risiken werden eingegangen, wenn Chancen und Risiken in einem angemessenen Verhältnis stehen. Dies geschieht nach geschäftspolitischen und betriebswirtschaftlichen Vorgaben und unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Sparkasse. Zur Risikosteuerung besteht ein umfassendes Risikomanagementsystem. Der Vorstand hat in der Risikostrategie und den untergeordneten Teilrisikostrategien die Rahmegrundsätze des Risikomanagements und die risikopolitische Ausrichtung der Sparkasse im Rahmen eines festgelegten Strategieprozesses überprüft und den aktuellen Rahmenbedingungen angepasst. Für die wesentlichen Risikokategorien der Sparkasse, Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, operationelle Risiken und Liquiditätsrisiko, wurden die separaten Teilrisikostrategien aktualisiert. Alle Geschäftsbereiche verfolgen die Zielsetzung, bei den eingegangenen Risiken die Wahrscheinlichkeit der Realisation eines Vermögensverlustes zu minimieren. Dies wird durch frühzeitiges Erkennen von Gefahrensituationen und rechtzeitige Gegenmaßnahmen sichergestellt. Das Risikomanagementsystem wird laufend weiterentwickelt.

Aus der zur Verfügung stehenden Risikodeckungsmasse wird ein Risikobudget zur Abdeckung der potenziellen Risiken bereitgestellt. Die eingegangenen Einzelrisiken werden im Rahmen der periodenorientierten Risikotragfähigkeitsrechnung dem Risikobudget gegenübergestellt und eine Auslastungsquote ermittelt. Die Gesamtsumme der Einzelrisiken ist auf die Höhe des Risikobudgets limitiert und wird ebenso wie die Risikodeckungsmasse laufend überprüft. Begrenzt werden die eingegangenen Risiken durch den Umfang des bereitgestellten Risikodeckungspotenzials und des hieraus abgeleiteten gesamten Risikolimits. Darüber hinaus werden aus dem Risikobudget Einzelimits für einzelne Risikoarten in der Risikotragfähigkeit abgeleitet. Daneben bestehen ergänzende Volumenlimite für einzelne Risiken. Der Verwaltungsrat der Sparkasse nimmt die Entwicklung der Risikolage regelmäßig zur Kenntnis.

Gemäß den Anforderungen der MaRisk ist das Risikotragfähigkeitskonzept um einen zukunftsgerichteten Kapitalplanungsprozess ergänzt worden. Damit ist die frühzeitige Identifikation eines zusätzlichen Kapitalbedarfs (im Sinne des Risikodeckungspotenzials) möglich, der sich über den Risikobetrachtungshorizont hinaus zur Deckung künftiger Risiken ergeben könnte. Die frühzeitige Einleitung eventuell erforderlicher Maßnahmen wäre damit möglich. Beim Kapitalplanungsprozess handelt es sich nicht um eine erweiterte Risikotragfähigkeitsbetrachtung im engeren Sinne.

### 2. Risikomanagementsystem

Zur Identifizierung, Bewertung und Steuerung der Risiken hat der Vorstand ein Risikomanagement- und -überwachungssystem eingerichtet. Das vorrangige Ziel des Risikomanagementprozesses besteht darin, mögliche Risiken transparent und damit steuerbar zu machen. Das Risikomanagement umfasst die Verfahren zur Identifizierung und Bewertung der Risiken, die Festlegung von geeigneten Steuerungsmaßnahmen sowie die notwendigen Kontrollprozesse. Unter dem Begriff „Risiko“ wird dabei eine Verlust- oder Schadensgefahr für die Sparkasse verstanden, die entsteht, wenn eine erwartete künftige Entwicklung ungünstiger verläuft als geplant oder sogar existenzbedrohend wird. Die Verringerung oder das vollständige Ausbleiben einer Chance zur Erhöhung der Erträge oder des Sparkassenvermögens wird nicht als Risiko angesehen. Bei der Betrachtung der Risiken nimmt die Sparkasse eine Nettobetrachtung vor. Das Risikomanagementsystem ist Bestandteil einer ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation gemäß § 25a Abs. 1 KWG und dient dem Vorstand, Verwaltungsrat sowie dem Risikoausschuss zur Überwachung der Risiken aus der geschäftlichen Tätigkeit der Sparkasse.

Für die risikorelevanten Geschäfte im Kreditgeschäft ist die in den MaRisk geforderte Funktionstrennung bis in die Ebene des Vorstands zwischen Markt einerseits und Marktfolge andererseits festgelegt. Damit wird der von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) in den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) geforderten Funktionstrennung Rechnung getragen. Für die Handelsgeschäfte nehmen wir hinsichtlich der Funktionstrennung die entsprechenden Erleichterungsvorschriften gemäß den MaRisk insofern in Anspruch, als auf eine organisatorische Trennung des Handels von der Abwicklung, Kontrolle und des Risikocontrollings auf

der Ebene des Vorstandes verzichtet wird, da sämtliche Geschäfte von beiden Vorstandsmitgliedern bzw. durch Vertreter gemeinsam beschlossen werden.

In Übereinstimmung mit der Risikostrategie klassifiziert sich die Sparkasse als risikoneutral. Risiko-behaftete Geschäfte werden nur getätigt, sofern deren Risikogehalt von allen damit befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beurteilt werden kann. Bevor Geschäfte mit neuen Produkten oder auf neuen Märkten regelmäßig abgeschlossen werden, ist im Rahmen einer Testphase das Risikopotenzial dieser Geschäfte zu bewerten und sind die für die Abwicklung notwendigen Prozesse in Arbeitsanweisungen festzulegen.

Die Interne Revision prüft in regelmäßigen Abständen das eingerichtete Risikomanagementsystem. Zielsetzung der Prüfung ist insbesondere die ordnungsgemäße Handhabung der festgelegten Regelungen sowie die Feststellung von Schwachstellen im Risikomanagementsystem und die Überwachung der Umsetzung notwendiger Anpassungen.

Gemäß den MaRisk hat jedes Institut über eine Risikocontrolling-Funktion zu verfügen, die für die unabhängige Überwachung und Kommunikation der Risiken zuständig ist. Der Vorstand der Sparkasse hat die Risikocontrolling-Funktion dem Bereichsleiter Unternehmenssteuerung übertragen. Der Risikocontrolling-Funktion wurden die in den MaRisk geforderten Befugnisse eingeräumt und Aufgaben übertragen.

Der Vorsitzende des Risikoausschusses kann unmittelbar beim Leiter der Risikocontrolling-Funktion Auskünfte einholen. Der Leiter der Risikocontrolling-Funktion muss den Vorstand hierüber unterrichten.

In der Sparkasse ist eine Compliance-Funktion gemäß KWG eingerichtet, deren Aufgaben von Mitarbeitern des Bereiches Unternehmenssteuerung wahrgenommen werden. Der Bereichsleiter Unternehmenssteuerung ist als Compliance-Beauftragter unmittelbar dem Vorstand unterstellt und ihm gegenüber berichtspflichtig. Die Compliance-Funktion gemäß WpHG wird von einem Mitarbeiter in der Unternehmenssteuerung wahrgenommen. Die Aufgaben im Zusammenhang mit der Verhinderung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie sonstiger strafbarer Handlungen sind im Bereich Vertriebssekretariat angesiedelt.

### **3. Risikomanagementprozess**

Aus dem Gesamtsystem hat unser Haus einen Managementprozess zur Erkennung und Bewertung von Risiken (strategische, jährliche Risikoinventur) sowie zur Messung, Steuerung und Kontrolle von Risiken (operative, dauerhafte Tätigkeiten) abgeleitet. Anhand von Risikoindikatoren erfolgen eine systematische Ermittlung der Risiken sowie deren Einordnung in einen Risikokatalog. Die Risikomessung erfolgt für die in die Risikotragfähigkeitsrechnung einbezogenen wesentlichen Risiken. Dabei werden in der handelsrechtlichen Sichtweise die Risiken danach gemessen, ob und in welcher Höhe ihr Eintritt Auswirkungen auf den Jahresüberschuss der Sparkasse hat.

Die Ermittlung der Risiken in der periodischen Sichtweise erfolgt auf den Planungshorizont von jeweils einem Jahr. Als Risiko wird in dieser Sichtweise eine negative Abweichung von den Planwerten verstanden.

Daneben werden die aufsichtsrechtlich vorgegebenen Relationen als strenge Nebenbedingung regelmäßig ermittelt und überwacht. Unter Berücksichtigung der laufenden Ergebnisprognose sowie der vorhandenen Reserven wird ein Risikobudget festgelegt. Auf das Risikobudget werden alle wesentlichen Risiken der Sparkasse angerechnet. Mit Hilfe der handelsrechtlichen Betrachtung wird gewährleistet, dass die Auslastung des Risikobudgets jederzeit sowohl aus dem handelsrechtlichen Ergebnis als auch aus vorhandenem Vermögen der Sparkasse getragen werden kann. Die Sparkasse führt in der handelsrechtlichen Sichtweise ab Mitte des Jahres darüber hinaus auch eine Risikotragfähigkeitsrechnung für das Folgejahr durch.

Neben der Risikotragfähigkeitsrechnung werden regelmäßig Stressszenarien berechnet, bei denen die Anfälligkeit der Sparkasse gegenüber unwahrscheinlichen, aber plausiblen Ereignissen analysiert wird. Dabei wird auch das Szenario eines schweren konjunkturellen Abschwungs analysiert sowie ein inverser Stresstest durchgeführt. Die Stresstests berücksichtigen dabei auch Risikokonzentrationen innerhalb einer Risikoart (Intra-Risikokonzentrationen). Für Risikokonzentrationen zwischen einzelnen Risikoarten (Inter-Risikokonzentrationen) werden keine separaten Stresstests durchgeführt, da das Gesamtbankrisiko durch eine Addition der Einzelrisiken ermittelt wird. Durch

diese allgemeine Überschätzung des Risikos werden ggf. vorhandene Inter-Risikokonzentrationen ausreichend abgedeckt. Diversifikationseffekte, die das Gesamtrisiko mindern würden, werden nicht berücksichtigt. Die zur Steuerung bzw. Verringerung von Risiken einzusetzenden Instrumente sind vom Vorstand festgelegt worden. Die Bearbeitungs- und Kontrollprozesse sind umfassend in Arbeitsanweisungen beschrieben. Die durchgeführten Maßnahmen zur Steuerung bzw. Verringerung der Risiken werden regelmäßig überprüft. Verbesserungsmöglichkeiten fließen in den Risikomanagementprozess ein.

Die Interne Revision gewährleistet die unabhängige Prüfung und Beurteilung sämtlicher Aktivitäten und Prozesse der Sparkasse sowie von ihr ausgelagerter Bereiche. Sie achtet dabei insbesondere auf die Angemessenheit und Wirksamkeit des Risikomanagements und berichtet unmittelbar dem Vorstand.

Über die eingegangenen Risiken wird dem Gesamtvorstand und dem Verwaltungsrat bzw. dem Risikoausschuss der Sparkasse regelmäßig schriftlich im Rahmen eines vierteljährlichen Gesamtrisikoberichts bzw. einer Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse und Analysen und unter Beachtung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben durch die MaRisk berichtet. Eine Ad-hoc-Berichterstattung ist bei Risikoereignissen von wesentlicher Bedeutung vorgesehen.

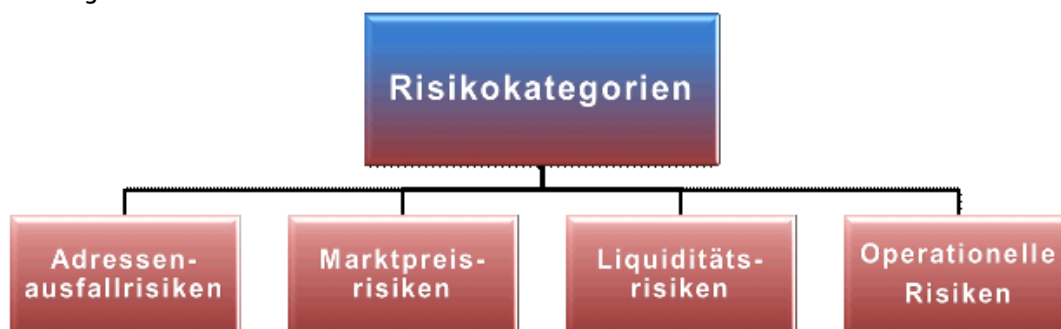
Der Gesamtrisikobericht enthält neben einer zusammenfassenden Beurteilung der Risiko- und Ertragssituation sowie der Limitauslastungen über ein Ampelsystem auch Handlungsempfehlungen zur Steuerung und Verringerung der Risiken, über die die Geschäftsleitung entscheidet. Dadurch kann zeitnah die Einhaltung der durch die Risikostrategie vorgegebenen Regelungen überprüft werden. Die Berichterstattung enthält auch die Auswirkungen von Stresseinflüssen auf die Risikosituation der Sparkasse. Dadurch soll die Wirkung von unwahrscheinlichen, aber plausibel möglichen Ereignissen auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse analysiert, transparent und steuerbar gemacht werden. Dabei wird auch das Szenario eines schweren konjunkturellen Abschwungs analysiert sowie ein inverser Stresstest durchgeführt. Die dargestellten Stresstests berücksichtigen auch Risikokonzentrationen innerhalb (Intra-Risikokonzentrationen) einzelner Risikoarten. Ferner wird über erkannte Risikokonzentrationen berichtet.

Die Berichterstattung über die wesentlichen Risikoarten wird durch eine Vielzahl regelmäßiger Berichte (ggf. täglich, wöchentlich, monatlich und quartalsweise) zeitnah und umfangreich sichergestellt.

#### 4. Aufgabenzuordnung im Rahmen des Risikomanagementsystems

Für alle Teilschritte des Risikomanagements sind Verantwortlichkeiten festgelegt worden. Die Ergebnisse der Risikoinventur werden zentral vom Risikomanager überprüft. Zu seinen Aufgaben gehören die Analyse und Quantifizierung der Risiken, die Überwachung der Einhaltung der vom Vorstand festgelegten Limite und die Risikoberichterstattung. Der Risikomanager ist auch für die Fortentwicklung des Risikomanagementsystems und die Abstimmung der gesamten Aktivitäten im Risikomanagement verantwortlich. Das Risikomanagementsystem ist in einem Risikohandbuch dokumentiert.

Die folgende Übersicht zeigt die im Risikohandbuch der Sparkasse beschriebenen wesentlichen Risikokategorien:



Aufbauend auf der GuV-orientierten Risikotragfähigkeitsrechnung werden im Rahmen der Gesamtbanksteuerung die wesentlichen Risiken limitiert. Ferner ist der Umgang mit wesentlichen Risiken sowie Risikokonzentrationen in der Risikostrategie und den Teilrisikostrategien beschrieben.

## **5. Strukturierte Darstellung der wesentlichen Risikoarten**

### **5.1 Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft**

Unter dem Adressenausfallrisiko im Kreditgeschäft verstehen wir die Gefahr, dass ein Kreditnehmer die ihm gewährten Kredite nicht bzw. nur eingeschränkt oder nicht vollständig vertragsgemäß zurückzahlen kann oder will. Zur Steuerung der Adressenausfallrisiken hat der Vorstand der Sparkasse eine gesonderte Adressenausfallrisikostategie festgelegt, die jährlich überprüft wird. Im Rahmen dieser Strategie werden Ziele zur Verbesserung der Risikoposition festgelegt, die schwerpunktmäßig Bonitätsbegrenzungen und Strukturvorgaben für das Kreditneugeschäft betreffen. Grundlage jeder Kreditentscheidung ist eine detaillierte Bonitätsbeurteilung der Kreditnehmer. Im risikorelevanten Kreditgeschäft gemäß MaRisk ist ein zweites Kreditvotum durch den vom Markt unabhängigen Marktfolgebereich notwendig.

Zum 31.12.2016 wurden etwa 56,5 % der zum Jahresende ausgelegten Kreditmittel an Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen sowie 38,3 % an wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen vergeben. Während der Anteil der Kredite an Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen über dem Verbandsdurchschnitt liegt, liegt der Wert für Kredite an wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen unter dem Verbandsdurchschnitt.

Die Grenze nach Artikel 395 Absatz 1 CRR (Großkredit-Obergrenze) wurde im gesamten Berichtsjahr 2016 nicht überschritten.

Die regionale Wirtschaftsstruktur spiegelt sich auch im Kreditgeschäft der Sparkasse wider. Den Schwerpunktbereich bilden die Ausleihungen an Unternehmen aus den Branchen Handel, Grundstücks- und Wohnungswesen sowie an das Dienstleistungsgewerbe.

Die auf der nächsten Seite folgende Darstellung enthält den Gesamtbetrag der Forderungen zum Bilanzstichtag, aufgeschlüsselt nach den verschiedenen Forderungsarten und verteilt auf geografische Hauptgebiete, Hauptbranchen und vertragliche Restlaufzeiten. Die bilanziellen Geschäfte werden mit ihren Buchwerten nach Abzug der Risikovorsorge und vor Kreditrisikominderung ausgewiesen. Die Sparkasse hat keine derivativen außerbilanziellen Geschäfte. Die Ermittlung der Zahlen wird gemäß den Vorgaben der CRR (gegliedert nach Forderungsarten) vorgenommen.

Die Forderungsarten verteilen sich wie folgt:

| <b>Kredite und Zusagen</b>   |                |
|--|----------------|
|  | <b>TEUR</b>    |
| <b>Gesamtbetrag der Forderungen</b>  | <b>360.138</b> |
| <b>Verteilung der Forderungsarten nach geografischen Hauptgebieten</b>   |                |
| <b>Deutschland</b>   | <b>359.740</b> |
| <b>EU</b>  | <b>59</b>      |
| <b>Sonstige</b>  | <b>339</b>     |
| <b>Verteilung der Forderungsarten nach Hauptbranchen</b>   |                |
| <b>Banken</b>  | <b>26.956</b>  |
| <b>Privatpersonen</b>  | <b>119.474</b> |
| <b>Öffentliche Haushalte*</b>  | <b>19.229</b>  |
| <b>Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen</b>  | <b>187.629</b> |
| - Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur  | 16.298         |
| - Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden   | 17.909         |
| - Verarbeitendes Gewerbe   | 18.417         |
| - Baugewerbe   | 17.367         |
| - Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen   | 42.757         |
| - Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung   | 2.282          |
| - Finanz- und Versicherungsdienstleistungen  | 12.620         |
| - Grundstücks- und Wohnungswesen   | 30.422         |
| - Sonstiges Dienstleistungsgewerbe   | 29.557         |
| <b>Organisationen ohne Erwerbszweck</b>  | <b>395</b>     |
| <b>Sonstige</b>  | <b>6.455</b>   |
| <b>Verteilung der Forderungsarten nach vertraglichen Restlaufzeiten</b>  |                |
| <b>&lt; 1 Jahr</b>   | <b>115.376</b> |
| <b>1 Jahr bis 5 Jahre</b>  | <b>46.400</b>  |
| <b>&gt; 5 Jahre bis unbefristet</b>  | <b>198.362</b> |
| Zu *) Hierbei handelt es sich um „öffentliche Haushalte“ im Sinne der Kundensystematik der Deutschen Bundesbank. Darunter fallen die Gebietskörperschaften des öffentlichen Rechts, kommunale Zweckverbände, Regie-/Eigenbetriebe, die Sondervermögen des Bundes und die Sozialversicherung. |                |

Die Aufstellung enthält 13,5 Mio. EUR Schuldscheindarlehen (3,5 Mio. EUR öffentliche Haushalte; 10,0 Mio. EUR Banken) und 15,0 Mio. EUR Termingelder (12,0 Mio. EUR Banken; 3,0 Mio. EUR Unternehmen), die wir den Handelsgeschäften zuordnen (vgl. D 5.3.1).

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Größenklassenstruktur im Kundenkreditgeschäft<sup>1</sup>. Unter Berücksichtigung der Größe der Sparkasse ist das Volumen des Kundenkreditgeschäftes in den Größenklassen 3 und 4 mit einem Anteil von 35,0 % bedeutend.

| <b>Größenklasse</b> | <b>1</b> | <b>2</b>    | <b>3</b>    | <b>4</b> |
|---------------------|----------|-------------|-------------|----------|
| <b>in Mio €</b>     | bis 0,5  | 0,5 bis 1,0 | 1,0 bis 2,5 | ab 2,5   |
| <b>Anzahl in %</b>  | 98,2     | 0,9         | 0,7         | 0,2      |
| <b>Volumen in %</b> | 53,0     | 12,0        | 22,7        | 12,3     |

Quelle: Risikobericht zum 31.12.2016

<sup>1</sup> Die Auswertung erfolgt auf Basis von Wirtschaftsverbänden. Der Wirtschaftsverband geht über den § 19.2 KWG-Verband hinaus und stellt eine Zusammenfassung von wirtschaftlich abhängigen Personen dar.

Die Adressenausfallrisikostrategie ist ausgerichtet auf Kreditnehmer mit guten Bonitäten bzw. geringeren Ausfallwahrscheinlichkeiten<sup>2</sup>. Dies wird durch die Neugeschäftsplanung unterstützt.

| Ratingklasse     | Anzahl in %* | Volumen in % |
|------------------|--------------|--------------|
| <b>1 bis 9</b>   | 90,3         | 80,5         |
| <b>10 bis 15</b> | 8,7          | 17,3         |
| <b>16 bis 18</b> | 1,0          | 2,2          |

Quelle: Risikobericht zum 31.12.2016

Ein Schwerpunkt des Kreditgeschäftes sind Kredite und Darlehen, die mit Grundschulden abgesichert sind. Bei der Bewertung dieser Objekte legen wir vorsichtige Maßstäbe an, sodass sich in Verbindung mit der guten Ortskenntnis nur überschaubare Risiken ergeben. Diese Konzentration ist systembedingt und damit strategiekonform. Bemerkenswerte Risikokonzentrationen in Branchen sind nicht erkennbar.

Das Länderrisiko, das sich aus unsicheren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen eines anderen Landes ergeben kann, ist für die Sparkasse im Kundenkreditgeschäft von untergeordneter Bedeutung. Das an Kreditnehmer mit Sitz im Ausland ausgelegte Kundenkreditvolumen betrug am 31.12.2016 0,1 % des Gesamtkreditvolumens im Sinne des § 19 Abs. 1 KWG.

Für die Risikoklassifizierung setzen wir die von der Sparkassen-Finanzgruppe entwickelten Rating- und Scoringverfahren ein. Mit diesen Verfahren werden die einzelnen Kreditnehmer zur Preisfindung und zur Steuerung des Gesamtkreditportfolios entsprechend ihren individuellen Ausfallwahrscheinlichkeiten einzelnen Risikoklassen zugeordnet. Auf dieser Basis ermittelt die Sparkasse die Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft. Die Abschirmung der Adressenausfallrisiken ist im Rahmen unserer Risikotragfähigkeitsrechnung durch das zugewiesene Risikodeckungspotenzial sichergestellt.

Zur Steuerung des Gesamtkreditportfolios werden die gerateten Kreditnehmer einzelnen Risikoklassen zugeordnet. Das Gesamtrisiko unseres Kreditportfolios wird auf der Grundlage der Risikoklassifizierungsverfahren ermittelt. Den einzelnen Risikoklassen werden jeweils vom DSGVO validierte Ausfallwahrscheinlichkeiten zugeordnet. Die Verlustverteilung des Kreditportfolios wird in einen „erwarteten Verlust“ und einen „unerwarteten Verlust“ unterteilt. Der „erwartete Verlust“ als statistischer Erwartungswert wird im Rahmen der Kalkulation als Risikoprämie in Abhängigkeit von der ermittelten Ratingstufe und den Sicherheiten berücksichtigt. Der „unerwartete Verlust“ (ausgedrückt als Value-at-Risk) spiegelt die möglichen Verluste wider, die unter Berücksichtigung eines Konfidenzniveaus von 99 % innerhalb der nächsten zwölf Monate voraussichtlich nicht überschritten werden. Mit Hilfe dieser Informationen werden auch die Veränderungen des Kreditportfolios analysiert.

Insgesamt halten wir die Strukturen unseres Kreditportfolios nach Branchen und nach Ratinggruppen für vertretbar. Das Größenklassenrisiko ist jedoch nicht unbedeutend.

Zur frühzeitigen Identifizierung der Kreditnehmer, bei deren Engagements sich erhöhte Risiken abzuzeichnen beginnen, wird das „OSPlus-Frühwarnsystem“ eingesetzt. Im Rahmen dieses Verfahrens sind quantitative und qualitative Indikatoren festgelegt worden, die eine Früherkennung von Kreditrisiken ermöglichen.

---

<sup>2</sup> Die Auswertung erfolgt auf Basis von Wirtschaftsverbänden. Der Wirtschaftsverbund geht über den § 19.2 KWG-Verbund hinaus und stellt eine Zusammenfassung von wirtschaftlich abhängigen Personen dar. Die Ratingnoten basieren auf der DSGVO-Masterskala. Die Note 1 stellt dabei die bestmögliche Note dar. Ab der Note 16 beginnen die Ausfallkategorien.

Soweit einzelne Kreditengagements festgelegte Kriterien aufweisen, die auf erhöhte Risiken hindeuten, werden diese Kreditengagements einer gesonderten Beobachtung unterzogen (Intensivbetreuung). Kritische Kreditengagements werden von spezialisierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf der Grundlage eines Sanierungs- bzw. Abwicklungskonzeptes betreut (Problemkredite). Risikovorsorgemaßnahmen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer davon ausgegangen werden kann, dass es voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, alle fälligen Zins- und Tilgungszahlungen gemäß den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zu vereinnahmen. Bei der Bemessung der Risikovorsorgemaßnahmen werden die voraussichtlichen Realisationswerte der gestellten Sicherheiten berücksichtigt. Der Vorstand wird vierteljährlich über die Entwicklung der Strukturmerkmale des Kreditportfolios, die Einhaltung der Limite und die Entwicklung der notwendigen Vorsorgemaßnahmen für Einzelrisiken schriftlich unterrichtet. Eine Ad-hoc-Berichterstattung ergänzt bei Bedarf das standardisierte Verfahren. Die Kreditstruktur und ihre Entwicklung im Jahr 2016 entsprechen der vom Vorstand vorgegebenen neutralen Risikoeinstellung.

Von dem Gesamtbetrag an Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen entfällt der überwiegende Teil auf Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Personen. Die Direktabschreibungen, Eingänge auf abgeschriebene Forderungen, Kredite in Verzug (ohne Wertberichtigungsbedarf) und Nettozuführungen / Auflösungen von EWB entfallen nahezu ausschließlich auf im Inland ansässige Privatpersonen und Unternehmen. Der Anteil von Forderungen in Verzug (ohne Wertberichtigungen) außerhalb Deutschlands ist von untergeordneter Bedeutung. Wechselkursbedingte und sonstige Veränderungen lagen zum Berichtsstichtag nicht vor.

Entwicklung der Risikovorsorge:

| Art der Risikovorsorge | Anfangsbestand per 01.01.2016 | Zuführung  | Auflösung  | Verbrauch  | Endbestand per 31.12.2016 |
|------------------------|-------------------------------|------------|------------|------------|---------------------------|
|                        | TEUR                          | TEUR       | TEUR       | TEUR       | TEUR                      |
| EWB                    | 1.605                         | 351        | 368        | 618        | 970                       |
| Rückstellungen         | 92                            | 183        | 32         | --         | 243                       |
| PWB                    | 182                           | 5          | --         | --         | 187                       |
| <b>Gesamt</b>          | <b>1.879</b>                  | <b>539</b> | <b>400</b> | <b>618</b> | <b>1.400</b>              |

Die Sparkasse verfügt über Steuerungsinstrumente, um frühzeitig Adressenausfallrisiken bei Kreditengagements zu erkennen, diese zu steuern und zu bewerten sowie im Jahresabschluss durch Risikovorsorge (Einzelwertberichtigungen, Rückstellungen) abzuschirmen.

Die Kreditengagements werden regelmäßig dahingehend überprüft, ob Risikovorsorgebedarf, d. h. Bedarf an spezifischen Kreditrisikoanpassungen, besteht. Eine außerordentliche Überprüfung erfolgt, wenn der Sparkasse Informationen vorliegen, die auf eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse hinweisen. Die Höhe der im Einzelfall zu bildenden spezifischen Kreditrisikoanpassungen orientiert sich zum einen an der Wahrscheinlichkeit, mit der der Kreditnehmer seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen kann. Basis hierfür ist die Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse und das Zahlungsverhalten des Kunden. Darüber hinaus erfolgt eine Bewertung der Sicherheiten mit ihren wahrscheinlichen Realisationswerten, um einschätzen zu können, welche Erlöse nach Eintritt von Leistungsstörungen noch zu erwarten sind.

Für latente Ausfallrisiken bildet die Sparkasse Pauschalwertberichtigungen. Darüber hinaus bestehen allgemeine Kreditrisikoanpassungen in Form von Vorsorgereserven für allgemeine Bankrisiken nach § 340f HGB.

Berechnungsweisen sowie die Prozesse zur Genehmigung der Risikovorsorge sind in den Organisationsrichtlinien der Sparkasse geregelt.

Die Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen.



## **5.2 Adressenausfallrisiken der Beteiligungen**

Unter dem Adressenausfallrisiko aus Beteiligungen verstehen wir die Gefahr einer bonitätsbedingten Wertminderung des Unternehmenswertes. Für die Beteiligungen besteht eine eigenständige Strategie. Die Adressenausfallrisiken der Beteiligungen werden gesondert untersucht. Zur Überwachung der wirtschaftlichen Entwicklung der Beteiligungsunternehmen werden jährlich die Jahresabschlüsse ausgewertet und beurteilt. Die Risiken aus Beteiligungen beziehen wir in unser Risikomanagement ein.

Aus der Beteiligung am SVWL resultieren Risiken hinsichtlich der weiteren Wertentwicklungen der Beteiligungen des SVWL, die wir in unser Risikomanagement einbeziehen. Zum 31.12.2016 erfolgte infolge zurückgegangener Unternehmenswerte einzelner Beteiligungen des SVWL eine Abschreibung. Außerdem haftet die Sparkasse entsprechend ihrem Anteil am Stammkapital des SVWL für unerwartete Risiken aus dem Auslagerungsportfolio „Erste Abwicklungsanstalt“ (EAA), in das strategisch nicht notwendige Vermögenswerte der ehemaligen WestLB AG zwecks Abwicklung übertragen wurden.

Die Sparkasse unterhält eine Beteiligung an der Erwerbsgesellschaft des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes als Eigentümerin der Landesbank Berlin Holding AG (LBBH). Eine Bewertungsmaßnahme war für diese Beteiligung in diesem Jahr nicht erforderlich.

Der Buchwert der strategischen Beteiligungen beläuft sich auf 6,4 Mio EUR (Vorjahr 6,4 Mio EUR).

## **5.3 Adressenausfallrisiken und Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften**

Zu den Handelsgeschäften werden alle in den MaRisk festgelegten Geschäftsarten gezählt.

### **5.3.1 Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften**

Unter dem Adressenausfallrisiko aus Handelsgeschäften verstehen wir die Gefahr von Bonitätsverschlechterungen oder den Ausfall eines Emittenten, Kontrahenten oder eines Referenzschuldners. Für die Limitierung des Adressenausfallrisikos aus Eigenanlagegeschäften setzt die Sparkasse individuelle Emittenten- und Kontrahentenlimite fest. Darüber hinaus existiert ein übergreifendes Limit für die Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften. Hierbei werden externe Ratings und die damit verbundenen einjährigen Ausfallwahrscheinlichkeiten berücksichtigt.

Die Wertpapieranlagen der Sparkasse verteilen sich auf folgende geografische Hauptgebiete, Hauptbranchen und Restlaufzeiten. Für die Zuordnung des Wertpapierspezialfonds zu den geografischen Hauptgebieten wird auf das Sitzland der Kapitalanlagegesellschaft abgestellt. Die Zuteilung zu der Kategorie Wertpapiere entspricht den Vorgaben der CRR. Die Ermittlung der Zahlen wird ebenfalls gemäß den Vorgaben der CRR (gegliedert nach Forderungsarten) vorgenommen.

| <b>Wertpapiere</b>  |               |
|---|---------------|
|   | <b>TEUR</b>   |
| <b>Gesamtbetrag der Forderungen</b>   | <b>54.850</b> |
| <b>Verteilung der Forderungsarten nach geografischen Hauptgebieten</b>  |               |
| <b>Deutschland*</b>   | <b>52.310</b> |
| <b>EU</b>   | <b>2.540</b>  |
| <b>Sonstige</b>   | <b>--</b>     |
| <b>Verteilung der Forderungsarten nach Hauptbranchen</b>  |               |
| <b>Banken</b>   | <b>14.625</b> |
| <b>Investmentfonds**</b>  | <b>18.888</b> |
| <b>Privatpersonen</b>   | <b>--</b>     |
| <b>Öffentliche Haushalte***</b>   | <b>21.337</b> |
| <b>Verteilung der Forderungsarten nach vertraglichen Restlaufzeiten</b>   |               |
| <b>&lt; 1 Jahr</b>  | <b>2.618</b>  |
| <b>1 Jahr bis 5 Jahre</b>   | <b>20.428</b> |
| <b>&gt; 5 Jahre bis unbefristet</b>   | <b>31.804</b> |
| <small>Zu *) Dieser Position wird u.a. der international ausgerichtete Wertpapierspezialfonds zugeordnet. Die Anlagen in Renten (89,3 % des Fondsvermögens) entfallen mit 16,2 % auf Deutschland, mit 73,3 % auf die EU, mit 6,4 % auf Norwegen und mit 4,1 % auf die USA.<br/> Zu **) Hierbei handelt es sich um den Wertpapierspezialfonds der Sparkasse. Dieser ist im Verhältnis zu den Marktwerten mit einem Anteil von 70,3 % in Unternehmensanleihen investiert.<br/> Zu ***) Hierbei handelt es sich um „öffentliche Haushalte“ im Sinne der Kundensystematik der Deutschen Bundesbank. Darunter fallen die Gebietskörperschaften des öffentlichen Rechts, kommunale Zweckverbände, Regie-/Eigenbetriebe, die Sondervermögen des Bundes und die Sozialversicherung.</small> |               |

Daneben haben wir 13,5 Mio EUR Schuldscheindarlehen (davon 10,0 Mio EUR an Banken) den Handelsgeschäften zugeordnet. Die Kreditnehmer der Schuldscheindarlehen stammen alle aus Deutschland.

Weiterhin bestehen zum Bilanzstichtag Tages- und Termingelder in Höhe von 15,0 Mio EUR (davon 12 Mio. EUR bei deutschen Banken), die den Handelsgeschäften zugeordnet werden.

Für die im Wertpapierspezialfonds gehaltenen Anlagen bestehen Anlagerichtlinien, die insbesondere das Anlageuniversum, Mindestratings und Laufzeiten definieren. Darüber hinaus wird der Geschäftsumfang durch die vom Vorstand vorgegebene Marktpreisrisikostategie und durch Rahmengrundsätze begrenzt.

Das Adressenausfallrisiko aus Handelsgeschäften wird über Mindestratings und Limite für einzelne Emittenten bzw. Kontrahenten begrenzt. Das Limitsystem dient u. a. der Steuerung von Konzentrationsrisiken. In der internen Steuerung werden zur Berechnung des Adressenausfallrisikos die Ausfallwahrscheinlichkeiten auf Grundlage des Ratings der Ratingagenturen Moody's oder Standard & Poor's zugrunde gelegt. Falls einzelne Papiere über kein Rating verfügen, greifen definierte Regeln, um das Adressenausfallrisiko abzubilden.

Die von der Sparkasse direkt angelegten und die in dem Wertpapierspezialfonds (Anteile an Sondervermögen größer 10 %) gehaltenen verzinslichen Wertpapiere und Schuldscheindarlehen verteilen sich auf folgende Ratingstufen:

| Bonität                                       | Moody's     | Standard & Poor's | auf Basis Tageswerte |                    |
|---|-------------|-------------------|----------------------|--------------------|
|   |             |                   | 31.12.2016<br>in %   | 31.12.2015<br>in % |
| exzellent, praktisch kein Ausfallrisiko       | Aaa         | AAA               | 1,0                  | --                 |
| sehr gut bis gut                              | Aa1 - Aa3   | AA+ - AA-         | 51,3                 | 44,1               |
| gut bis befriedigend                          | A1 - A3     | A+ - A-           | 37,1                 | 40,7               |
| befriedigend bis ausreichend                  | Baa1 - Baa3 | BBB+ - BBB-       | 8,1                  | 13,4               |
| mangelhaft, anfällig für Zahlungsverzug       | Ba1 - Ba3   | BB+ - BB-         | 1,3                  | 1,0                |
| Mangelhaft, stark anfällig für Zahlungsverzug | B1 - B3     | B+ - B-           | 1,2                  | 0,8                |
| ohne Rating                                   |             |                   | --                   | --                 |
|   |             |                   | 100,0                | 100,0              |

Quelle: Risikobericht zum 31.12.2016

Die von uns gehaltenen Wertpapiere und Schuldscheindarlehen weisen grundsätzlich ein Rating aus dem Investmentgradbereich auf. Der Eigenanlagenanteil im Non-Investmentgradbereich entfällt auf zwei im Wertpapierspezialfonds gehaltene Rentenfonds.

Konzentrationen bestehen hinsichtlich der Forderungen an Emittenten innerhalb des Haftungsverbandes der S-Finanzgruppe, die zum Jahresende rund 24,2 % ergaben. Diese Konzentration ergibt sich als Folge der Mitgliedschaft in der Sparkassenorganisation.

| Länderrisiko                            | Länderrating |                   | auf Basis Tageswerte |                    |
|---|--------------|-------------------|----------------------|--------------------|
|   | Moody's      | Standard & Poor's | 31.12.2016<br>in %   | 31.12.2015<br>in % |
| inländische Emittenten                  |              |                   | 82,7                 | 73,7               |
| ausländische Emittenten                 |              |                   |                      |                    |
| exzellent, praktisch kein Ausfallrisiko | Aaa          | AAA               | 1,1                  | 0,1                |
| sehr gut bis gut                        | Aa1 - Aa3    | AA+ - AA-         | 10,4                 | 16,3               |
| gut bis befriedigend                    | A1 - A3      | A+ - A-           | 2,2                  | --                 |
| befriedigend bis ausreichend            | Baa1 - Baa3  | BBB+ - BBB-       | 3,6                  | 9,9                |
| mangelhaft, anfällig für Zahlungsverzug | Ba1 - Ba3    | BB+ - BB-         | --                   | --                 |
|   |              |                   | 100,0                | 100,0              |

Quelle: Risikobericht zum 31.12.2016

Zum Stichtag 31.12.2016 hatte die Sparkasse Staatsanleihen der PIIGS-Staaten in Höhe von 1,0 Mio EUR Nominalwert im Bestand; die italienischen sowie spanischen Staatsanleihen werden ausschließlich im Wertpapierspezialfonds gehalten. Von griechischen Emittenten (Staatsanleihen, sonstige) begebene Anleihen befanden sich zum Stichtag nicht im Bestand der Wertpapiereigenanlagen der Sparkasse.

Die Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen. Im Hinblick auf das überwiegende Management der ausländischen Titel im Wertpapierspezialfonds und der grundsätzlich guten Länderratings der Wertpapiere von Emittenten mit Sitz im Ausland ist das Länderrisiko aus dem Handelsgeschäft zu vertreten.

### 5.3.2 Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften beschreiben die Gefahr negativer Entwicklungen der Geld- und Kapitalmärkte für die Sparkasse. Diese ergeben sich aus Veränderungen der Marktpreise von z. B. Wertpapieren, Währungen, Immobilien und Rohstoffen sowie aus Schwankungen der Zinssätze. Zur Steuerung der Marktpreisrisiken hat der Vorstand der Sparkasse eine gesonderte Handels- und Marktpreisrisikopraxis festgelegt, die mindestens jährlich überprüft wird.

Der Bestand der bilanzwirksamen Handelsgeschäfte hat sich zum Bilanzstichtag wie folgt entwickelt:

| Anlagekategorie                       | Buchwerte             |                       |
|---------------------------------------|-----------------------|-----------------------|
|                                       | 31.12.2016<br>Mio EUR | 31.12.2015<br>Mio EUR |
| 1) Tages- und Termingelder            | 15,0                  | 13,5                  |
| 2) Schuldscheindarlehen               | 13,5                  | 8,5                   |
| 3) Schuldverschreibungen und Anleihen | 36,0                  | 31,8                  |
| 4) Wertpapierspezialfonds             | 18,9                  | 19,3                  |
|                                       | 83,4                  | 73,1                  |

Die Ermittlung der Marktpreisrisiken der bewertungsrelevanten Handelsgeschäfte (Position 3 und 4) erfolgt anhand von Overnight- und Value-at-Risk-Szenarien, letztere mit einer fest vorgegebenen Haltedauer von 63 Tagen. Darüber hinaus wird eine laufend aktualisierte Bewertung zu Marktpreisen (Mark-to-Market) durchgeführt. Durch die Vorgabe verschiedener Parameter ist es auch in einer Phase nicht funktionierender Märkte möglich, realistische Kurse zu ermitteln. Der Risikoermittlung liegt eine historische Simulation zugrunde, die es erlaubt, den Wert des Portfolios mit unterschiedlichen Eintrittswahrscheinlichkeiten zu berechnen. Im Normalfall werden die Risiken mit einer 99 %-igen Eintrittswahrscheinlichkeit berechnet. Die historische Simulation stützt sich jeweils auf die vergangenen 500 Handelstage.

Die Überwachung des Marktpreisrisikos wird im Bereich Unternehmenssteuerung mit Hilfe des Systems SimCorp Dimension (SCD) unter strenger Beachtung der Funktionstrennung zum Handel wahrgenommen. Es wird täglich geprüft, ob sich die Adressenausfall- und Marktpreisrisiken innerhalb der vorgegebenen handelsrechtlichen Limite bewegen. Bei Überschreitung von Limiten bzw. der vordefinierten Frühwarn Grenzen ist vorgesehen, dass der Gesamtvorstand über Maßnahmen zur Verringerung der Adressenausfall- bzw. Marktpreisrisiken entscheidet.

Der Gesamtvorstand wird wöchentlich über die Ergebnisse und die Risikosituation unterrichtet. Die Wertveränderungen aus Marktpreisrisiken an den Kapitalmärkten bewegten sich in Summe unter den von uns vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Limiten.

#### 5.4 Zinsänderungsrisiken

Unter dem Zinsänderungsrisiko wird in der periodisch orientierten Sichtweise die negative Abweichung des Zinsüberschusses von einem zuvor erwarteten Wert verstanden. Die Abschreibungsrisiken für festverzinsliche Wertpapiere berücksichtigen wir in den Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften. Die Messung und Steuerung des Zinsänderungsrisikos erfolgt in periodenorientierter Sicht. Der ermittelte Risikobetrag wird im Rahmen einer handelsrechtlichen Risikotragfähigkeitsbetrachtung berücksichtigt. Anhand verschiedener Szenariobetrachtungen werden, u. a. im Rahmen von Stresstests, für die Sparkasse besonders belastende Konstellationen ermittelt.

Auf Basis des Rundschreibens 11/2011 der BaFin vom 09.11.2011 (Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch; Ermittlung der Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung) haben wir zum Stichtag 31.12.2016 die barwertige Auswirkung einer Ad-hoc-Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um + bzw. – 200 Basispunkte nach dem Ausweichverfahren errechnet. Die Verminderung des Barwertes (1,9 Mio. EUR) bei einem Zinsanstieg gemessen an den regulatorischen Eigenmitteln betrug 6,3 %. Vor dem Hintergrund der angemessenen Kapitalausstattung und der damit verbundenen Risikotragfähigkeit sowie der entspannten Risikolage halten wir das Zinsänderungsrisiko für vertretbar.

Das Zinsänderungsrisiko der Sparkasse lag im Jahr 2016 innerhalb der vorgegebenen Limite.

Wir haben die gesamte Zinsposition des Bankbuchs nach den Vorgaben der IDW-Stellungnahme RS BFA 3 im Rahmen einer periodenorientierten Berechnung untersucht. Das Bankbuch umfasst - entsprechend dem internen Risikomanagement - alle bilanziellen zinsbezogenen Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestands. Bei der Beurteilung werden alle Zinserträge aus zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie die voraussichtlich noch zu deren Erwirtschaftung erforderlichen Aufwendungen (Refinanzierungskosten, Standard-Risikokosten, Verwaltungskosten) be-

rücksichtigt. Die Diskontierung erfolgt auf Basis der Zinsstrukturkurve. Die Berechnungen zeigen keinen Verpflichtungsüberschuss. Eine Drohverlustrückstellung ist nicht erforderlich.

## 5.5 Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass Zahlungsverpflichtungen im Zeitpunkt ihrer Fälligkeit nicht oder nicht vollständig erfüllt werden können (Liquiditätsrisiko im engeren Sinne), zusätzliche Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktzinsen beschafft werden können (Refinanzierungsrisiko) oder vorhandene Vermögenswerte nur mit Preisabschlägen verwertet werden können (Marktliquiditätsrisiko). Das Liquiditätsrisiko wird durch eine angemessene Liquiditätsvorsorge und eine ausgewogene Strukturierung der Fälligkeiten der Aktiva und Passiva gesteuert. Zur regelmäßigen Überwachung der Liquidität werden monatlich die Zahlungsmittel und Zahlungsverpflichtungen der Sparkasse mit Fälligkeit innerhalb des nächsten Jahres in der Liquiditätsübersicht gegenübergestellt. Zusätzlich wird die Streuung der Liquiditätsquellen mindestens vierteljährlich überprüft und werden die Liquiditätsressourcen der Sparkasse in der Liquiditätsliste erfasst.

Die durch § 11 KWG in Verbindung mit der Liquiditätsverordnung und den MaRisk vorgegebenen Anforderungen über eine ausreichende Liquidität wurden zu jedem Zeitpunkt eingehalten. Im Hinblick auf die Ausstattung mit liquiden Mitteln, die erwarteten Liquiditätszuflüsse sowie die Kredit- und Refinanzierungsmöglichkeiten ist dies auch für die Zukunft gewährleistet. Die Liquiditätskennzahl (Quotient aus den liquiden Aktiva und den Liquiditätsabflüssen für den folgenden Monat) lag stets deutlich über dem erforderlichen Mindestwert von 1,0. Sie bewegte sich im Betrachtungszeitraum zwischen einem Wert von 1,99 und 2,86. Ferner werden zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften entsprechende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank unterhalten.

Infolge der Finanzkrise führte die Aufsicht neue Liquiditätskennzahlen für Kreditinstitute ein. Während mit der Liquidity Coverage Ratio (LCR) das kurzfristige Liquiditätsrisiko bewertet werden soll, dient die Net Stable Funding Ratio (NSFR) dazu, das strukturelle Liquiditätsrisiko zu messen. Die LCR wird stufenweise eingeführt. Seit 2016 muss der Bestand an hochliquiden Aktiva den Nettomittelabfluss unter Stress zu 70 % und ab 2017 zu 80 % abdecken. Ab 2018 gilt die LCR vollumfänglich, die hochliquiden Aktiva müssen dann 100 % der Nettomittelabflüsse im Stressszenario abdecken. Im laufenden Jahr hat die Sparkasse bereits zu jedem Meldestichtag die geforderte Mindestquote von 100 % weit übertroffen. Die NSFR befindet sich noch in der Beobachtungsphase. Erste Testrechnungen zeigen jedoch, dass die Sparkasse auch diese Quote bereits heute erfüllt.

Die Sparkasse hat ein „einfaches Kostenverrechnungssystem“ (BTR 3.1 TZ 5, Erläuterung) implementiert.

Die Vorgaben zur Steuerung der Liquiditätsrisiken hat der Vorstand in der Risikostrategie festgelegt. Über die Festlegung einer internen Mindestliquiditätskennzahl wird die jederzeitige Zahlungsfähigkeit sichergestellt. In die tägliche Berechnung des internen Liquiditätsgrundsatzes fließen ausgewählte Zahlungsmittel und Zahlungsverpflichtungen ein. Ihr Fokus liegt auf Zahlungsmitteln, die über eine hohe (Markt-) Liquidität verfügen. Bei der Disposition werden entsprechende Reserven berücksichtigt, die außergewöhnliche Liquiditätsabflüsse abdecken. Es wird auf eine ausgewogene Strukturierung der Fälligkeiten der Tages- und Termingeldeinlagen sowie der eigengemanagten Wertpapiere geachtet. Darüber hinaus bestehen zur Abdeckung eines kurzfristig auftretenden Liquiditätsbedarfs umfangreiche Refinanzierungsmöglichkeiten bei der Deutschen Bundesbank und anderen Kreditinstituten. Zu diesem Zweck führt die Sparkasse eine interne Liquiditätsliste.

Um mögliche Liquiditätsengpässe frühzeitig erkennen zu können, hat die Sparkasse ein Frühwarnsystem eingerichtet, welches Gefahrenquellen identifiziert und das Einleiten entsprechender Gegensteuerungsmaßnahmen ermöglicht.

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

## 5.6 Operationelle Risiken

Operationelle Risiken werden als Gefahr von Schäden verstanden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten.

Zur Steuerung der betrieblichen Risiken dienen Arbeitsanweisungen, Kontrollen und automatisierte

Sicherheitsmaßnahmen. Eventuelle Schadensfälle sind zum Teil durch Versicherungen gedeckt. Rechtliche Risiken werden durch die sorgfältige Prüfung der Vertragsgrundlagen und den Einsatz von Standardverträgen reduziert. Verhaltensrisiken, die durch Betrug, Irrtum oder Fahrlässigkeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder Dritten hervorgerufen werden, begegnet die Sparkasse mit angemessenen Kontrollsystemen, deren Funktionsfähigkeit laufend von den Führungskräften der jeweiligen Betriebsstellen überwacht und von der Internen Revision geprüft wird. Für technische Risiken hat die Sparkasse Notfallkonzepte entwickelt, die die Funktionsfähigkeit des Betriebsablaufs auch bei unvorhersehbaren Ereignissen sicherstellen. Die Sparkasse setzt zudem eine Schadensfalldatenbank ein, in der Schadensfälle systematisch erfasst und regelmäßig ausgewertet werden. Der Vorstand wird vierteljährlich über Art und Umfang eingetretener Schadensfälle und die eingeleiteten Maßnahmen unterrichtet. Es ist geregelt, dass bedeutende Schadensfälle im Sinne der MaRisk Ad-hoc berichtet und unverzüglich analysiert werden.

Die operationellen Risiken sind nach unserer derzeitigen Einschätzung für die künftige Entwicklung der Sparkasse von untergeordneter Bedeutung. Das vorgegebene Risikolimit wurde jederzeit eingehalten.

## **6. Gesamtbeurteilung der Risikolage**

Die Sparkasse nimmt am Risikomonitoring des SVWL teil. Die Erhebung erfolgt dreimal jährlich. Dabei werden die wichtigsten Risikomesszahlen auf Verbandsebene ausgewertet und die Entwicklungen beobachtet. Jede Sparkasse wird insgesamt bewertet und einer von vier Monitoringstufen zugeordnet. Die Sparkasse war zu allen Erhebungsterminen der besten Bewertungsstufe zugeordnet.

Die Risikotragfähigkeitsberechnungen zeigen ein angemessenes Verhältnis zwischen eingegangenen Risiken und vorhandener Risikodeckungsmasse. Die Risikotragfähigkeit war und ist in der handelsrechtlichen Betrachtung gegeben. Die aus der Risikotragfähigkeit abgeleiteten Limite für die wesentlichen Risiken wurden im Jahr 2016 eingehalten. Die Risikotragfähigkeit war und ist auch in den von der Sparkasse simulierten Stresstests gegeben. Die Sparkasse ist somit in der Lage, die simulierten Krisenszenarien zu verkraften. Risiken der künftigen Entwicklung, die für die Sparkasse bestandsgefährdend sein können, sind nach der Risikoinventur nicht erkennbar.

Die zur Deckung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen vorhandenen Eigenmittel übertreffen die Anforderungen. Die Gesamtkapitalquote gemäß Artikel 92 CRR beträgt zum Bilanzstichtag 15,1 %.

Insgesamt beurteilen wir unsere Risikolage unter Würdigung und Abschirmung aller Risiken als ausgewogen.

## **7. Bericht über die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)**

Die nachfolgenden Einschätzungen haben Prognosecharakter. Insofern können die tatsächlichen künftigen Ergebnisse gegebenenfalls deutlich von den zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts getroffenen Erwartungen über die voraussichtlichen Entwicklungen abweichen.

### **7.1 Geschäftsentwicklung**

Die Konjunkturaussichten in Westfalen-Lippe sind weiter recht günstig. In den kommenden Monaten wird sich die gesamtwirtschaftliche Expansion voraussichtlich mit leicht vermindertem Tempo fortsetzen. Wachstumstreiber bleibt die robuste Inlandsnachfrage. Realeinkommenszuwächse und eine weiter zunehmende Beschäftigung lassen den privaten Konsum expandieren. Auch die privaten Wohnungsbauinvestitionen werden vor dem Hintergrund sehr niedriger Hypothekenzinsen und geringer Renditen alternativer Kapitalanlagen weiter zulegen. Im Zuge der höheren Auslastung der Produktionskapazitäten dürften die Unternehmen ihre Ausrüstungsinvestitionen steigern. Allerdings wird das Investitionsniveau früherer Aufschwünge nicht erreicht. Dämpfende Effekte kommen von den nachlassenden Exporterwartungen. Die Weltwirtschaft erholt sich nur zögerlich. Hinzu kommt die Verunsicherung über die Auswirkungen des Austrittsvotums Großbritanniens aus der Europäischen Union.

Es wird mit einem weiter historisch niedrigen Zinsniveau gerechnet.

Für das Jahr 2017 gehen wir daher von einer leicht positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung aus. Aufgrund dieser Entwicklung rechnen wir mit einem Anstieg im Kreditgeschäft (ohne öffentliche Haushalte) von 3,7 %. Der Anteil der bilanziellen Forderungen an Kunden an der Bilanzsumme wird sich nicht wesentlich verändern. Im gewerblichen Kreditgeschäft gehen wir von einem Wachstum von 5,1 % für 2017 aus. Ein Wachstum von 1,8 % im Kreditgeschäft mit Privatpersonen wird wesentlich im langfristigen Kreditgeschäft - insbesondere im privaten Wohnungsbau und Weiterleitungsdarlehen (2,8 %) – erwartet.

Im Einlagengeschäft setzt sich der über Konditionen geführte Wettbewerb, im Rahmen des historischen Niedrigzinsniveaus, fort. Die Sparquote wird vor dem Hintergrund der erwarteten konjunkturellen Entwicklung sowie des Niedrigzinsniveaus leicht abnehmend sein. In Anbetracht dieses Umfeldes wollen wir mit der an den Kundenbedürfnissen ausgerichteten ganzheitlichen Beratung sowie dem umfassenden Produktangebot und der fortwährenden Marktbeobachtung Kundengelder halten. Insgesamt erwarten wir im Privatkundenmarkt für 2017 im Bereich der bilanzwirksamen Kundeneinlagen einen leichten Anstieg von 1,4 %. Im Firmenkundenmarkt erwarten wir ein Plus von 5,1 %.

Bei der Bilanzsumme erwarten wir aufgrund der vorgenannten Entwicklungen im Kredit- und Einlagengeschäft für das Folgejahr einen Anstieg auf 366 Mio EUR.

Im Dienstleistungsgeschäft gehen wir für 2017 von einem ähnlichen Vermittlungserfolg wie in 2016 aus. Einzig der Courtageumsatz wurde aufgrund nicht vorhandener Vermittlungsobjekte reduziert.

Als Risiken im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse negativen Prognose- bzw. Zielabweichung führen können. Die Risiken liegen - neben den in der Risikoberichterstattung dargestellten unternehmerischen und banküblichen Gefahren - hauptsächlich im nicht geplanten Verlauf der weltwirtschaftlichen Dynamik. Ferner kann nicht ausgeschlossen werden, dass weitere Schocks im Finanzsystem oder geopolitische Krisen die realwirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigen können. Die weiterhin nervöse Reaktion der Finanzmärkte auf die Verschuldungssituation einiger Euro-Mitgliedsländer und die möglichen Konsequenzen des dortigen Engagements deutscher Banken haben gezeigt, dass in der aktuellen Situation im Finanzsektor weiterhin nicht von einer Stabilisierung gesprochen werden kann. Gleichwohl können die wirtschaftliche Entwicklung in China, die Flüchtlingsproblematik, die (wirtschafts-) politische Entwicklung der USA und die Geldpolitik der EZB ebenso Einfluss auf die prognostizierten Ergebnisse haben.

Als Chancen im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse positiven Prognose- bzw. Zielabweichung führen können. Chancen sehen wir weiterhin vor allem in einer schneller als erwarteten wirtschaftlichen Erholung in Europa, insbesondere in den Krisenländern, sowie in den Schwellenländern. Aufgrund der daraus folgenden steigenden Absatzaussichten exportorientierter Unternehmen wird die Investitionsdynamik weiter zunehmen und sich die Nachfrage nach gewerblichen Finanzierungen ebenfalls erhöhen.

Über die Folgewirkung auf den Arbeitsmarkt und progressiven Tarifabschlüssen wird der Erwerb oder Neubau von Immobilien privater Bauherren mit entsprechender Nachfragewirkung nach Baufinanzierungskrediten forciert werden. Eine über die Kreditnachfrage steigende Bilanzsumme wird dazu beitragen, die negativen Folgen der Niedrigzinsphase auf den Zinsüberschuss der Sparkasse zumindest teilweise zu kompensieren. Ebenfalls dürfte sich dann das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft weiterhin auf einem niedrigen Niveau bewegen.

Weiterhin sehen wir Chancen im Zinsbuch bei einer steileren Zinsstrukturkurve, die durch höhere Sätze insbesondere in längeren Laufzeiten Zusatzerträge durch das Eingehen von Fristentransformation ermöglicht.

## 7.2 Finanzlage

Für das Jahr 2017 sind Investitionen auf dem Niveau der Vorjahre geplant. Die aus technischen und organisatorischen Gründen erforderlichen Ersatzinvestitionen werden berücksichtigt. Die Entwicklung der Bilanzsumme wird durch das geplante Wachstum im Kreditgeschäft getragen. Sofern die Refinanzierung des Kundenkreditgeschäfts durch Zuwächse im Einlagengeschäft mit Kunden nicht oder nicht vollständig gelingt, kann der Kapitalbedarf über Mittelaufnahmen am Kapitalmarkt oder durch den Verkauf eigener Wertpapiere/ fällige Termingelder gedeckt werden. Nach unseren Planungen wird die Liquiditätskennzahl durchgängig über dem in der Risikostrategie festgelegten Mindestwert von 1,15 % und somit auch über dem aufsichtsrechtlichen geforderten Mindestwert von 1,00 % liegen.

Darüber hinaus streben wir eine LCR-Quote von mindestens 25 %-Punkte über dem Mindestwert an.

## 7.3 Ertragslage

Die Entwicklung des Betriebsergebnisses vor Bewertung wird maßgeblich durch den Zinsüberschuss geprägt. Der Zinsüberschuss wird durch die Zinsentwicklung und die Zinsstruktur am Geld- und Kapitalmarkt wesentlich beeinflusst. Insofern ist die Zinsstrukturkurve, die sich im Vergleich zum Jahresultimo 2016 nach unserer Erwartung nicht wesentlich verändern wird, mit der damit verbundenen Möglichkeit der Fristentransformation von maßgeblicher Bedeutung. Im Zusammenhang mit der sich leicht verbessernden gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist davon auszugehen, dass es im Jahr 2017 zu einem Fortgang der konjunkturellen Aufwärtsbewegung kommen wird. Um die wirtschaftliche Lage zu stabilisieren, rechnet die Sparkasse nicht damit, dass die Europäische Zentralbank im Verlauf des Jahres 2017 Zinserhöhungen vornehmen wird. Chancen bestehen insbesondere in einer steileren Zinsstrukturkurve mit der damit verbundenen Möglichkeit, Erträge aus Fristentransformation zu erzielen. Eine stärkere Verflachung der Zinsstrukturkurve hätte dagegen schmälernde Auswirkungen auf den Zinsüberschuss der Sparkasse.

Basis für die Aussagen zur künftigen Ertragslage bildet der bundeseinheitliche Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation (vgl. B.4.3), der für unsere Mittelfristplanung maßgeblich ist.

Aufgrund des intensiven Wettbewerbs im Kreditgewerbe erwarten wir derzeit weiter rückläufige Konditionsbeiträge aus dem Kundengeschäft. Unter der Prämisse eines unverändert historisch niedrigen Zinsniveaus erwarten wir einen leichten Rückgang der Zinsspanne um 0,03 %-Punkte auf 2,00 % der DBS. Aus den vorgenannten Effekten resultiert für das kommende Jahr per Saldo voraussichtlich ein Zinsüberschuss auf Vorjahresniveau in Höhe von 7,3 Mio EUR.

Im Provisionsüberschuss gehen wir mit 3,0 Mio EUR für das nächste Jahr von einem Wert auf dem Niveau des Jahres 2016 aus.

Die Verwaltungsaufwendungen werden sich nach unseren Planungen im Jahr 2017 um 0,2 Mio EUR auf 7,4 Mio EUR (Personalaufwand 5,1 Mio EUR, Sachaufwand 2,3 Mio EUR) vermindern. Trotz der kalkulierten Tarifierhöhung wird der Personalaufwand bei einem verringerten Personalbestand auf Basis von Betriebsvergleichszahlen um 0,05 %-Punkte sinken. Wir planen nach unserer Mittelfristplanung unter den vorgestellten Annahmen für das Jahr 2017 mit einem Betriebsergebnis vor Bewertung von 0,79 % der DBS.

Infolge der möglichen Risiken aus unserem Wertpapierspezialfonds sowie Kursschwankungen aufgrund von Marktbewegungen haben wir derzeit ein negatives Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft von 0,18 % der DBS in unserer Planung berücksichtigt. Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft ist aufgrund der konjunkturellen Entwicklung nur mit großen Unsicherheiten zu prognostizieren. Wir rechnen aufgrund unserer strukturellen Ausrichtung im Jahr 2017 mit einem negativen Bewertungsergebnis von 0,27 % der DBS. Unter dem sonstigen Bewertungsergebnis haben wir Bewertungsaufwendungen von 0,07 % der DBS für bestehende Beteiligungen eingeplant. Unsere Limits für Marktpreisrisiken und Adressenausfallrisiken bilden aus unserer Sicht einen ausreichenden Puffer für schwankende Marktentwicklungen bzw. die notwendige Abschirmung von Adressenausfallrisiken. Den Risiken steht ein ausreichendes Risikodeckungspotenzial gegenüber. Mittels aktiven Kreditrisikomanagements sind wir bestrebt, erkannte Risiken zu mindern und neue Risiken zu vermeiden.



Aufgrund der regulatorischen Verschärfungen für die Finanzwirtschaft (Vereinheitlichung der Einlagensicherung, Basel III-Regelungen, Meldewesen, Eigenkapitalzuschläge) können sich Belastungen auf die Ergebnis- und Kapitalentwicklung der Sparkasse ergeben.

Die Sparkasse richtet sich an den in der „Geschäftsstrategie der Sparkassen“ des DSGV definierten Zielgrößen (u. a. Eigenkapitalrentabilität und Cost-Income-Ratio) sowie der Risikoaufwandsquote aus. Für 2017 erwarten wir gemäß dieser Definition eine Eigenkapitalrentabilität von 3,8 %. Bei der CIR erwarten wir für 2017 ein Verhältnis von 72,1 %.

Bei der prognostizierten Entwicklung der Ertragslage sollte eine angemessene Eigenkapitalzuführung gesichert sein. Die intern festgelegte Mindest-Gesamtkapitalquote in Höhe von 10,25 %, die über dem aktuell vorgeschriebenen Mindestwert nach der CRR von 8,0 % zuzüglich des Kapitalerhaltungspuffers und des Kapitalzuschlags für Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch gemäß der Allgemeinverfügung der BaFin liegt, wird mit einem Wert von zurzeit 15,1 % deutlich überschritten. Dies bietet eine hinreichende Grundlage für künftiges qualifiziertes Kreditgeschäft.



# Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2016



(Gekürzte Fassung)

der Sparkasse Erwitte-Anröchte  
Sitz Erwitte

eingetragen beim  
Amtsgericht Paderborn  
Handelsregister-Nr. A 3763

|  | EUR            | EUR           | EUR            | 31.12.2015<br>TEUR |
|--|----------------|---------------|----------------|--------------------|
| <b>1. Barreserve</b>   |                |               |                |                    |
| a) Kassenbestand   |                | 2.494.057,61  |                | 2.270              |
| b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank   |                | 2.357.538,75  |                | 2.310              |
|  |                |               | 4.851.596,36   | 4.580              |
| <b>2. Schultitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind</b>                 |                |               |                |                    |
| a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schultitel öffentlicher Stellen                                       |                | 0,00          |                | 0                  |
| b) Wechsel   |                | 0,00          |                | 0                  |
|  |                |               | 0,00           | 0                  |
| <b>3. Forderungen an Kreditinstitute</b>   |                |               |                |                    |
| a) täglich fällig  |                | 4.415.580,81  |                | 11.973             |
| b) andere Forderungen  |                | 20.986.363,71 |                | 16.242             |
|  |                |               | 25.401.944,52  | 28.216             |
| <b>4. Forderungen an Kunden</b>  |                |               | 252.307.437,63 | 245.872            |
| darunter:  |                |               |                |                    |
| durch Grundpfandrechte gesichert   | 119.840.660,03 | EUR           |                | ( 122.384 )        |
| Kommunalkredite  | 18.086.447,09  | EUR           |                | ( 17.204 )         |
| <b>5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>  |                |               |                |                    |
| a) Geldmarktpapiere  |                |               |                |                    |
| aa) von öffentlichen Emittenten  |                | 0,00          |                | 0                  |
| darunter:  |                |               |                |                    |
| beleihbar bei der Deutschen Bundesbank   | 0,00           | EUR           |                | ( 0 )              |
| ab) von anderen Emittenten   |                | 0,00          |                | 0                  |
| darunter:  |                |               |                |                    |
| beleihbar bei der Deutschen Bundesbank   | 0,00           | EUR           |                | ( 0 )              |
|  |                |               | 0,00           | 0                  |
| b) Anleihen und Schuldverschreibungen  |                |               |                |                    |
| ba) von öffentlichen Emittenten  |                | 21.357.051,70 |                | 16.542             |
| darunter:  |                |               |                |                    |
| beleihbar bei der Deutschen Bundesbank   | 21.357.051,70  | EUR           |                | ( 16.542 )         |
| bb) von anderen Emittenten   |                | 14.604.297,93 |                | 15.153             |
| darunter:  |                |               |                |                    |
| beleihbar bei der Deutschen Bundesbank   | 14.604.297,93  | EUR           |                | ( 15.153 )         |
|  |                |               | 35.961.349,63  | 31.695             |
| c) eigene Schuldverschreibungen  |                |               | 0,00           | 0                  |
| Nennbetrag   | 0,00           | EUR           |                | ( 0 )              |
|  |                |               | 35.961.349,63  | 31.695             |
| <b>6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</b>   |                |               |                |                    |
| <b>6a. Handelsbestand</b>  |                |               |                |                    |
|  |                |               | 18.888.439,64  | 19.298             |
| <b>7. Beteiligungen</b>  |                |               | 0,00           | 0                  |
| darunter:  |                |               |                |                    |
| an Kreditinstituten  | 0,00           | EUR           |                | ( 0 )              |
| an Finanzdienstleistungsinstituten   | 0,00           | EUR           |                | ( 0 )              |
| <b>8. Anteile an verbundenen Unternehmen</b>   |                |               | 0,00           | 0                  |
| darunter:  |                |               |                |                    |
| an Kreditinstituten  | 0,00           | EUR           |                | ( 0 )              |
| an Finanzdienstleistungsinstituten   | 0,00           | EUR           |                | ( 0 )              |
| <b>9. Treuhandvermögen</b>   |                |               | 341.254,12     | 30                 |
| darunter:  |                |               |                |                    |
| Treuhandkredite  | 341.254,12     | EUR           |                | ( 30 )             |
| <b>10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch</b>                        |                |               | 0,00           | 0                  |
| <b>11. Immaterielle Anlagewerte</b>  |                |               |                |                    |
| a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte   |                | 0,00          |                | 0                  |
| b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten |                | 0,00          |                | 3                  |
| c) Geschäfts- oder Firmenwert  |                | 0,00          |                | 0                  |
| d) geleistete Anzahlungen  |                | 0,00          |                | 0                  |
|  |                |               | 0,00           | 3                  |
| <b>12. Sachanlagen</b>   |                |               | 1.782.271,18   | 1.977              |
| <b>13. Sonstige Vermögensgegenstände</b>   |                |               | 937.407,67     | 534                |
| <b>14. Rechnungsabgrenzungsposten</b>  |                |               | 236.938,89     | 154                |
| <b>Summe der Aktiva</b>  |                |               | 347.125.634,95 | 338.740            |

|   | EUR            | EUR            | EUR                   | 31.12.2015<br>TEUR |
|---|----------------|----------------|-----------------------|--------------------|
| <b>1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>                      |                |                |                       |                    |
| a) täglich fällig   |                | 17.696,74      |                       | 17                 |
| b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist                           |                | 54.353.290,73  |                       | 58.708             |
|   |                |                | 54.370.987,47         | 58.725             |
| <b>2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>                                |                |                |                       |                    |
| a) Spareinlagen   |                |                |                       |                    |
| aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten                       | 82.010.322,20  |                |                       | 86.621             |
| ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten              | 23.969.950,27  |                |                       | 24.462             |
|   |                | 105.980.272,47 |                       | 111.082            |
| b) andere Verbindlichkeiten   |                |                |                       |                    |
| ba) täglich fällig  | 144.745.144,11 |                |                       | 109.820            |
| bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist                          | 6.943.840,54   |                |                       | 26.158             |
|   |                | 151.688.984,65 |                       | 135.978            |
|   |                |                | 257.669.257,12        | 247.061            |
| <b>3. Verbriefte Verbindlichkeiten</b>                                      |                |                |                       |                    |
| a) begebene Schuldverschreibungen   |                | 0,00           |                       | 0                  |
| b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten                                    |                | 0,00           |                       | 0                  |
| darunter:   |                |                |                       |                    |
| Geldmarktpapiere  | 0,00 EUR       |                |                       | ( 0 )              |
| eigene Akzente und Solawechsel im Umlauf                                    | 0,00 EUR       |                |                       | ( 0 )              |
|   |                |                | 0,00                  | 0                  |
| <b>3a. Handelsbestand</b>   |                |                | 0,00                  | 0                  |
| <b>4. Treuhandverbindlichkeiten</b>   |                |                | 341.254,12            | 30                 |
| darunter:   |                |                |                       |                    |
| Treuhandkredite   | 341.254,12 EUR |                |                       | ( 30 )             |
| <b>5. Sonstige Verbindlichkeiten</b>  |                |                | 693.253,28            | 226                |
| <b>6. Rechnungsabgrenzungsposten</b>  |                |                | 237.348,52            | 275                |
| <b>7. Rückstellungen</b>  |                |                |                       |                    |
| a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen                |                | 4.344.994,00   |                       | 4.178              |
| b) Steuerrückstellungen   |                | 0,00           |                       | 292                |
| c) andere Rückstellungen  |                | 1.624.960,34   |                       | 1.527              |
|   |                |                | 5.969.954,34          | 5.997              |
| <b>8. (weggefallen)</b>   |                |                |                       |                    |
| <b>9. Nachrangige Verbindlichkeiten</b>                                     |                |                | 0,00                  | 0                  |
| <b>10. Genusssrechtskapital</b>   |                |                | 0,00                  | 0                  |
| darunter:   |                |                |                       |                    |
| vor Ablauf von zwei Jahren fällig   | 0,00 EUR       |                |                       | ( 0 )              |
| <b>11. Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>                                 |                |                | 10.200.000,00         | 9.000              |
| <b>12. Eigenkapital</b>   |                |                |                       |                    |
| a) gezeichnetes Kapital   |                | 0,00           |                       | 0                  |
| b) Kapitalrücklage  |                | 0,00           |                       | 0                  |
| c) Gewinnrücklagen  |                |                |                       |                    |
| ca) Sicherheitsrücklage   | 17.427.608,13  |                |                       | 17.186             |
| cb) andere Rücklagen  | 0,00           |                |                       | 0                  |
|   |                | 17.427.608,13  |                       | 17.186             |
| d) Bilanzgewinn   |                | 215.971,97     |                       | 242                |
|   |                |                | 17.643.580,10         | 17.428             |
| <b>Summe der Passiva</b>  |                |                | <b>347.125.634,95</b> | <b>338.740</b>     |
| <b>1. Eventualverbindlichkeiten</b>   |                |                |                       |                    |
| a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln     |                | 0,00           |                       | 0                  |
| b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen          |                | 5.147.801,58   |                       | 5.794              |
| c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten |                | 0,00           |                       | 0                  |
|   |                |                | 5.147.801,58          | 5.794              |
| <b>2. Andere Verpflichtungen</b>  |                |                |                       |                    |
| a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften                 |                | 0,00           |                       | 0                  |
| b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen                               |                | 0,00           |                       | 0                  |
| c) Unwiderrufliche Kreditzusagen  |                | 12.296.761,11  |                       | 11.992             |
|   |                |                | 12.296.761,11         | 11.992             |

**Gewinn- und Verlustrechnung  
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016**

|  | EUR          | EUR          | EUR           | 1.1.-31.12.2015<br>TEUR |
|--|--------------|--------------|---------------|-------------------------|
| <b>1. Zinserträge aus</b>  |              |              |               |                         |
| a) Kredit- und Geldmarktgeschäften   | 9.107.030,47 |              |               | 9.552                   |
| darunter: aus der Abzinsung von Rückstellungen   | 571.410,00   | EUR          |               | ( 0 )                   |
| b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen  | 565.415,14   |              |               | 720                     |
|  |              | 9.672.445,61 |               | 10.271                  |
| <b>2. Zinsaufwendungen</b>   |              | 2.760.533,99 |               | 2.833                   |
| darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen  | 718.673,63   | EUR          |               | ( 211 )                 |
|  |              |              | 6.911.911,62  | 7.438                   |
| <b>3. Laufende Erträge aus</b>   |              |              |               |                         |
| a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren   |              | 536.404,39   |               | 520                     |
| b) Beteiligungen   |              | 174.461,64   |               | 174                     |
| c) Anteilen an verbundenen Unternehmen   |              | 0,00         |               | 0                       |
|  |              |              | 710.866,03    | 694                     |
| <b>4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen</b>   |              |              | 0,00          | 0                       |
| <b>5. Provisionserträge</b>  |              | 3.157.952,60 |               | 2.899                   |
| <b>6. Provisionsaufwendungen</b>   |              | 174.951,51   |               | 162                     |
|  |              |              | 2.983.001,09  | 2.736                   |
| <b>7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands</b>  |              |              | 0,00          | 0                       |
| <b>8. Sonstige betriebliche Erträge</b>  |              |              | 96.982,17     | 109                     |
| <b>9. (weggefallen)</b>  |              |              |               |                         |
|  |              |              | 10.702.760,91 | 10.978                  |
| <b>10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen</b>  |              |              |               |                         |
| a) Personalaufwand   |              |              |               |                         |
| aa) Löhne und Gehälter   | 4.005.375,94 |              |               | 4.126                   |
| ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung  | 1.272.749,66 |              |               | 1.621                   |
| darunter: für Altersversorgung   | 486.762,00   | EUR          |               | ( 825 )                 |
|  |              | 5.278.125,60 |               | 5.746                   |
| b) andere Verwaltungsaufwendungen  |              | 2.107.945,70 |               | 2.182                   |
|  |              |              | 7.386.071,30  | 7.928                   |
| <b>11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen</b>  |              |              | 301.620,31    | 266                     |
| <b>12. Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>  |              |              | 275.218,07    | 211                     |
| <b>13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>     |              | 209.834,25   |               | 89                      |
| <b>14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>        |              | 0,00         |               | 0                       |
|  |              |              | 209.834,25    | 89                      |
| <b>15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere</b> |              | 421.110,79   |               | 102                     |
| <b>16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren</b>          |              | 0,00         |               | 0                       |
|  |              |              | 421.110,79    | 102                     |
| <b>17. Aufwendungen aus Verlustübernahme</b>   |              |              | 0,00          | 0                       |
| <b>18. Zuführungen zum oder Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>   |              |              | 1.200.000,00  | 1.000                   |
| <b>19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit</b>  |              |              | 908.906,19    | 1.382                   |
| <b>20. Außerordentliche Erträge</b>  |              | 0,00         |               | 0                       |
| <b>21. Außerordentliche Aufwendungen</b>   |              | 39.515,00    |               | 40                      |
| darunter: Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes  | 39.515,00    | EUR          |               | ( 40 )                  |
| <b>22. Außerordentliches Ergebnis</b>  |              |              | 39.515,00     | 40                      |
| <b>23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</b>  |              | 632.199,18   |               | 1.082                   |
| <b>24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen</b>  |              | 21.220,04    |               | 19                      |
|  |              |              | 653.419,22    | 1.101                   |
| <b>25. Jahresüberschuss</b>  |              |              | 215.971,97    | 242                     |
| <b>26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr</b>  |              |              | 0,00          | 0                       |
|  |              |              | 215.971,97    | 242                     |
| <b>27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen</b>   |              |              |               |                         |
| a) aus der Sicherheitsrücklage   |              | 0,00         |               | 0                       |
| b) aus anderen Rücklagen   |              | 0,00         |               | 0                       |
|  |              |              | 0,00          | 0                       |
|  |              |              | 215.971,97    | 242                     |
| <b>28. Einstellungen in Gewinnrücklagen</b>  |              |              |               |                         |
| a) in die Sicherheitsrücklage  |              | 0,00         |               | 0                       |
| b) in andere Rücklagen   |              | 0,00         |               | 0                       |
|  |              |              | 0,00          | 0                       |
| <b>29. Bilanzgewinn</b>  |              |              | 215.971,97    | 242                     |

# Anhang

## A. ALLGEMEINE ANGABEN

Der Jahresabschluss zum 31.12.2016 wurde auf der Grundlage des Handelsgesetzbuchs (HGB) unter Beachtung der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt. Hierbei waren erstmals die Änderungen durch das Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BiIRUG) vom 22.07.2015 zu beachten. Aufgrund von § 284 Abs. 1 HGB ergeben sich gegenüber dem Vorjahr Abweichungen in der Reihenfolge der Angaben zu den Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung.

## B. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Die auf den vorhergehenden Jahresabschluss angewendeten Ansatz- und Bewertungsmethoden werden grundsätzlich stetig angewendet. Sofern sich Abweichungen ergeben haben, wird in den jeweiligen Abschnitten darauf hingewiesen.

Die Bilanzierung und Bewertung der Vermögensgegenstände und der Verbindlichkeiten erfolgt gemäß den §§ 246 ff. und §§ 340 ff. HGB.

### **Forderungen**

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute haben wir zum Nennwert bilanziert. Bei der Auszahlung von Darlehen einbehaltene Disagien werden kapitalanteilig auf die Dauer der Festzinsvereinbarung bzw. über die gesamte Darlehenslaufzeit verteilt. Von Dritten erworbene Schuldscheindarlehen, die dem Geldanlagezweck dienen, werden mit den Anschaffungskosten angesetzt.

Erkennbaren Risiken aus Forderungen wurde durch deren Bewertung nach den Grundsätzen kaufmännischer Vorsicht ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen und Vorsorgereserven.

### **Wertpapiere**

Die Wertpapiere werden zu den Anschaffungskosten bewertet, soweit die beizulegenden Werte am Bilanzstichtag nicht niedriger sind (strenges Niederstwertprinzip). Dies gilt auch für die Wertpapiere des Anlagevermögens.

Unsere Wertpapiere haben wir daraufhin untersucht, ob zum Bilanzstichtag ein aktiver Markt besteht oder der Markt als inaktiv anzusehen ist.

Für die an einem aktiven Markt gehandelten Wertpapiere wurde der Börsen-/Marktpreis zum Abschlussstichtag verwendet.

Die Märkte für einen Anteil von EUR 11,5 Mio (Nominalwerte) unseres zinsbezogenen Wertpapierbestands waren zum Bilanzstichtag als nicht aktiv anzusehen. In diesen Fällen haben wir ein Bewertungsmodell verwendet.

Der beizulegende Wert wurde auf der Grundlage eines Discounted Cashflow Verfahrens (DCF Modell) ermittelt. Die aus den verzinslichen Wertpapieren erwarteten Cashflows werden mit einem laufzeit- und risikoadäquaten Zinssatz auf den Bewertungsstichtag abgezinst. Die durch das DCF Modell ermittelten Werte lagen in allen Fällen über den in unserem System eingestellten indikativen Kursen und wichen hiervon nicht in nennenswertem Umfang ab. Daher haben wir für die Bewertung die indikativen Kurse der verzinslichen Wertpapiere herangezogen.

Für Anteile an Investmentvermögen haben wir als beizulegenden Wert den investimentrechtlichen Rücknahmepreis angesetzt.

Die unternehmensindividuelle Festsetzung wesentlicher Bewertungsparameter ist mit Ermessensentscheidungen verbunden, die trotz sachgerechter Ermessensausübung im Vergleich mit aktiven Märkten zu deutlich höheren Schätzunsicherheiten führen. Bei der Bewertung unserer Wertpapiere haben wir die Anforderungen aus dem Rechnungslegungshinweis des Instituts der Wirtschaftsprüfer

(IDW) e.V. „Umwidmung und Bewertung von Forderungen und Wertpapieren nach HGB“ (IDW RH HFA 1.014) beachtet.

## **Anteilsbesitz**

Anteile an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bzw. zum beizulegenden Wert bilanziert. Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert werden vorgenommen.

## **Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen**

Die immateriellen Anlagewerte und die Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer, bilanziert. Aus Vereinfachungsgründen werden in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen Vermögensgegenstände von geringerem Wert (bis EUR 150) sofort als Sachaufwand erfasst und geringwertige Vermögensgegenstände (bis EUR 1.000) in einen Sammelposten eingestellt, der über einen Zeitraum von fünf Jahren gewinnmindernd aufgelöst wird.

Die planmäßigen Abschreibungen werden für Gebäude überwiegend linear, in Einzelfällen degressiv vorgenommen.

Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung einschließlich Betriebsvorrichtungen werden linear abgeschrieben. Im Jahr der Anschaffung wird die zeitanteilige Jahresabschreibung verrechnet.

Gemäß Artikel 67 Abs. 4 Satz 1 EGHGB führen wir für die bisher nach steuerrechtlichen Vorschriften bewerteten Vermögensgegenstände, die zu Beginn des Geschäftsjahres 2010 vorhanden waren, die Wertansätze unter Anwendung der für sie bis zum Inkrafttreten des BilMoG geltenden Vorschriften fort.

Soweit der nach vorstehenden Grundsätzen ermittelte Wert von Vermögensgegenständen über dem Wert liegt, der ihnen am Abschlussstichtag beizulegen ist, wird dem durch außerplanmäßige Abschreibungen Rechnung getragen.

Soweit die Gründe für die außerplanmäßigen Abschreibungen nicht mehr bestehen, werden Zuschreibungen vorgenommen.

## **Verbindlichkeiten**

Die Verbindlichkeiten werden zu ihrem Erfüllungsbetrag bewertet. Aufgewendete Disagien werden in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten, erhaltene Agioerträge in den passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und über die Laufzeit planmäßig abgeschrieben bzw. vereinbart.

## **Rückstellungen**

Die Rückstellungen werden in Höhe des notwendigen Erfüllungsbetrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist; sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Die Erfassung erfolgt nach der Nettomethode. Rückstellungen mit einer Ursprungslaufzeit von einem Jahr oder weniger werden nicht abgezinst. Die übrigen Rückstellungen werden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem der Restlaufzeit entsprechenden Zinssatz der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst.

Die Pensionsrückstellungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf der Grundlage der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Heubeck entsprechend dem Teilwertverfahren ermittelt. Dabei werden künftige jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,00 % unterstellt. Tarifsteigerungen nach TVöD werden berücksichtigt. Der Berechnung der Pensionsrückstellungen wurde ein vom Pensionsgutachter auf das Jahresende 2016 prognostizierter Durchschnittszinssatz, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt, zugrunde gelegt.



Aufgrund des langfristig niedrigen Zinsniveaus vermindert sich der für die Bewertung der Pensionsrückstellungen heranzuziehende Abzinsungssatz gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung weiter stetig. Daher erfolgte mit dem Gesetz zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie und zur Änderung von handelsrechtlichen Vorschriften eine Änderung des § 253 HGB. Der Bezugszeitraum für die Ermittlung des Durchschnittzinssatzes wurde von 7 auf 10 Jahre verlängert. Zum 31.12.2016 beträgt der Zinssatz für den Betrachtungszeitraum von 7 Jahren 3,22 % und für den Betrachtungszeitraum von 10 Jahren 4,00 %. Aus dieser Änderung der Bewertungsmethode ergibt sich insgesamt eine Verminderung der Pensionsrückstellungen um TEUR 571 (Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Abs. 6 Satz 1 HGB), die als Zinsertrag in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen wird.

Abweichend zum Vorjahr wird bei den Pensionsrückstellungen der Effekt aus der Änderung des Abzinsungssatzes von TEUR 524 (Vorjahr TEUR 446) entsprechend dem Ausweiswahlrecht nach IDW RS HFA 30, TZ 87, anstatt im Personalaufwand nun im Zinsergebnis ausgewiesen. Dadurch wird insbesondere bezogen auf die Entwicklung des Personalaufwands eine sachgerechtere Darstellung und Entwicklung der Ertragslage gewährleistet.

Für die Pensionsrückstellungen haben wir im Rahmen der Umstellung auf das BilMoG von dem Wahlrecht gemäß Artikel 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB Gebrauch gemacht, den Zuführungsbetrag auf bis zu 15 Jahre zu verteilen.

Die Rückstellungen für Jubiläumswahlungen werden nach den Bestimmungen des TVöD und einer internen Betriebsvereinbarung ermittelt.

Altersteilzeitverträge wurden in der Vergangenheit auf der Grundlage des Altersteilzeitgesetzes, des Tarifvertrages zur Regelung der Altersteilzeit und ergänzender betrieblicher Vereinbarungen abgeschlossen. Bei den hierfür gebildeten Rückstellungen werden künftige Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,00 %

angenommen. Die Restlaufzeit der Verträge beträgt bis zu 2 Jahre. Die Abzinsung erfolgt mit dem der individuellen Restlaufzeit der Verträge entsprechenden Zinssatz.

Bei der Ermittlung der Rückstellungen und den damit in Zusammenhang stehenden Erträgen und Aufwendungen haben wir unterstellt, dass eine Änderung des Abzinsungssatzes erst zum Ende der Periode eintritt. Entsprechendes gilt für die Veränderung des Verpflichtungsumfanges bzw. des zweckentsprechenden Verbrauchs. Erfolge aus der Änderung des Abzinsungssatzes zwischen zwei Abschlussstichtagen oder Zinseffekte einer geänderten Schätzung der Restlaufzeit werden in der betroffenen GuV-Position und für Pensionsrückstellungen im Zinsergebnis ausgewiesen.

### **Bewertung des Bankbuchs (Zinsbuchs)**

Wir haben die gesamte Zinsposition des Bankbuches nach den Vorgaben der IDW-Stellungnahme RS BFA 3 im Rahmen einer periodenorientierten Berechnung untersucht. Das Bankbuch umfasst – entsprechend dem internen Risikomanagement – alle bilanziellen und außerbilanziellen zinsbezogenen Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestandes. Bei der Beurteilung werden alle Zinserträge aus zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie die voraussichtlich noch zu deren Erwirtschaftung erforderlichen Aufwendungen (Refinanzierungskosten, Standard-Risikokosten, Verwaltungskosten) berücksichtigt. Die Diskontierung erfolgt auf Basis der aktuellen Zinsstrukturkurve. Die Berechnungen zeigen keinen Verpflichtungsüberschuss. Eine Rückstellung gemäß § 249 Abs. 1 Satz 1, 2. Alternative HGB ist nicht zu bilden.

### **Währungsumrechnung**

Die Währungsumrechnung erfolgt nach § 256a HGB bzw. § 340h HGB. Der Gesamtbetrag der auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände beträgt TEUR 5.

## **C. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ**

### **Aktiva 3 - Forderungen an Kreditinstitute**

In diesem Posten sind enthalten:

|  | <b>31.12.2016<br/>TEUR</b> | <b>31.12.2015<br/>TEUR</b> |
|--|----------------------------|----------------------------|
| Forderungen an die eigene Girozentrale | 11.923                     | 13.694                     |

### **Aktiva 4 - Forderungen an Kunden**

In diesem Posten sind enthalten:

|  | <b>31.12.2016<br/>TEUR</b> | <b>31.12.2015<br/>TEUR</b> |
|--|----------------------------|----------------------------|
| Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 96                         | 108                        |

### **Aktiva 5 – Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere:**

Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:

|                              | <b>31.12.2016<br/>TEUR</b> | <b>31.12.2015<br/>TEUR</b> |
|------------------------------|----------------------------|----------------------------|
| börsennotiert (inkl. Zinsen) | 33.421                     | 29.155                     |
| nicht börsennotiert          | 2.540                      | 2.540                      |

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist in der Anlage Anlagespiegel dargestellt.

### **Aktiva 6 – Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere:**

Die Sparkasse hält mehr als 10 % der Anteile an Sondervermögen im Sinne des Kapitalanlagegesetzbuches (KAGB), die nachfolgend dargestellt sind:

| <b>Investmentfonds<br/>(in Mio EUR):</b> | <b>Buchwert</b> | <b>Marktwert</b> | <b>Differenz<br/>Buchwert zu<br/>Marktwert</b> | <b>Ausschüt-<br/>tungen in<br/>2016</b> | <b>Tägliche<br/>Rückgabe<br/>möglich</b> | <b>Unterlassene<br/>Abschrei-<br/>bungen</b> |
|--|-----------------|------------------|--|---|--|--|
| ERWAN-Fonds                              | 18,9            | 18,9             | 0,0  | 0,5                                     | ja                                       | nein   |

Die Anteile am Wertpapier-Spezialfonds sind der Liquiditätsreserve zugeordnet.

Zweck der Anlage ist die Erzielung einer überdurchschnittlichen Performance bei gleichzeitiger Risikostreuung. Gemäß den Anlagerichtlinien investiert der Wertpapier-Spezialfonds überwiegend in festverzinsliche Wertpapiere. Zum 31.12.2016 sind die Mittel des Wertpapier-Spezialfonds zu etwa 11 % im Geldmarkt, zu etwa 19 % in Staats- bzw. Quasi-Staatsanleihen und kurzlaufenden besicherten Anleihen sowie zu etwa 70 % in Unternehmensanleihen (direkt und indirekt über Publikumsfonds) investiert.

## Aktiva 7 – Beteiligungen

An folgenden Unternehmen, die nicht von untergeordneter Bedeutung sind, halten wir eine Beteiligung im Sinne von § 271 Abs. 1 HGB:

| Name  | Sitz    | Anteil am Kapital in % | Eigenkapital TEUR          | Jahresergebnis TEUR      |
|---|---------|------------------------|----------------------------|--------------------------|
| Sparkassenverband Westfalen-Lippe                   | Münster | 0,34                   | 1.082.093<br>(31.12.2015)  | 0<br>(31.12.2015)        |
| Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG | Berlin  | 0,02                   | 3.365.000*<br>(31.12.2015) | 153.000*<br>(31.12.2015) |

\*gemäß Konzernjahresabschluss

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist in der Anlage Anlagespiegel dargestellt.

## Aktiva 9 – Treuhandvermögen

Das Treuhandvermögen betrifft in voller Höhe die Forderungen an Kunden.

Weiterleitungsdarlehen mit einer 100 %igen Haftungsfreistellung (TEUR 317) werden abweichend zum Vorjahr (TEUR 334) nunmehr unter den Treuhandkrediten ausgewiesen.

## Aktiva 12 – Sachanlagen

In diesem Posten sind enthalten:

|  | 31.12.2016<br>TEUR | 31.12.2015<br>TEUR |
|--|--------------------|--------------------|
| Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude | 1.516              | 1.718              |
| Betriebs- und Geschäftsausstattung                               | 266                | 259                |

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist in der Anlage Anlagespiegel dargestellt.

## Aktiva 14 – Rechnungsabgrenzungsposten

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:

|                               | 31.12.2016<br>TEUR | 31.12.2015<br>TEUR |
|-------------------------------|--------------------|--------------------|
| Disagio aus Verbindlichkeiten | 47                 | 103                |
| Agio aus Forderungen          | 99                 | -                  |

### Passiva 1 – Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

In diesem Posten sind enthalten:

|  | 31.12.2016<br>TEUR | 31.12.2015<br>TEUR |
|--|--------------------|--------------------|
| Verbindlichkeiten, für die Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen sind | 53.090             | 56.647             |

### Passiva 4 – Treuhandverbindlichkeiten

Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (TEUR 341).

### Passiva 6 – Rechnungsabgrenzungsposten

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:

|                         | 31.12.2016<br>TEUR | 31.12.2015<br>TEUR |
|-------------------------|--------------------|--------------------|
| Disagio aus Forderungen | 107                | 183                |

### Passiva 7 – Rückstellungen

Der Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Abs. 6 Satz 1 HGB beträgt zum 31.12.2016 TEUR 571. Dieser Unterschiedsbetrag unterliegt der Ausschüttungssperre nach § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB. Zum Bilanzstichtag betragen die gesamten ausschüttungsgesperrten Beträge TEUR 216.

Der Unterschiedsbetrag bei den Pensionsrückstellungen in Höhe von TEUR 606, der sich aus der Differenz zwischen der alten HGB-Berechnung und der Berechnung gemäß BilMoG ergibt, ist bis zum 31.12.2024 in jedem Geschäftsjahr zu mindestens einem Fünfzehntel anzusammeln. Zum Bilanzstichtag bestand eine Unterdeckung von TEUR 316.

## **D. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG**

### **Gewinn- und Verlustrechnung 1 – Zinserträge**

Für Anlagen gezahlte Zinsen (so genannte Negativzinsen) werden im GuV-Posten 1 saldiert in Höhe von EUR 244,97 (Vorjahr: EUR 55,62) ausgewiesen.

In dem Posten sind Erträge aus der Änderung des Abzinsungssatzes von Pensionsrückstellungen in Höhe von TEUR 571 enthalten.

### **Gewinn- und Verlustrechnung 2 - Zinsaufwendungen**

Die für aufgenommene bzw. erhaltene Gelder von der Sparkasse empfangenen Negativzinsen werden im GuV-Posten 2 saldiert in Höhe von EUR 32.084,76 (Vorjahr: EUR 3.184,60) ausgewiesen.

In dem Posten sind Aufwendungen aus der Aufzinsung und der Änderung des Abzinsungssatzes von Rückstellungen in Höhe von TEUR 719 (Vorjahr: TEUR 211) enthalten.

### **Gewinn- und Verlustrechnung 5 – Provisionserträge**

Etwa 38 % der Provisionserträge entfallen auf für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung, insbesondere die Vermittlung von Produkten der Verbundpartner (Versicherungen, Bausparverträgen, Immobilien und Investmentzertifikate) und die Verwaltung von Treuhandkrediten.

### **Gewinn- und Verlustrechnung 12 – Sonstige betriebliche Aufwendungen**

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen entfallen zu etwa 58 % auf Spenden (u. a. TEUR 150 an die Sparkassenstiftung Erwitte-Anröchte).

## E. SONSTIGE ANGABEN

### Fristengliederung (in TEUR)

|  | mit einer Restlaufzeit von |                                   |                                  |                     | mit unbestimmter Laufzeit | im Jahr 2017 fällig |
|--|----------------------------|-----------------------------------|----------------------------------|---------------------|---------------------------|---------------------|
|  | bis drei Monate            | mehr als drei Monate bis ein Jahr | mehr als ein Jahr bis fünf Jahre | mehr als fünf Jahre |                           |                     |
| <b>Aktivposten</b>   |                            |                                   |                                  |                     |                           |                     |
| 3. Forderungen an Kreditinstitute                                |                            |                                   |                                  |                     |                           |                     |
| b) andere Forderungen (ohne Bausparguthaben)                     | 12.000                     | ---                               | ---                              | 8.476               |                           |                     |
| 4. Forderungen an Kunden   | 13.593                     | 27.729                            | 83.984                           | 116.001             | 10.918                    |                     |
| 5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere |                            |                                   |                                  |                     |                           | 2.500               |
| <b>Passivposten</b>  |                            |                                   |                                  |                     |                           |                     |
| 1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten                  |                            |                                   |                                  |                     |                           |                     |
| b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist                | 1.525                      | 4.284                             | 20.976                           | 27.562              |                           |                     |
| 2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden                            |                            |                                   |                                  |                     |                           |                     |
| a) Spareinlagen  |                            |                                   |                                  |                     |                           |                     |
| ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten   | 875                        | 21.884                            | 1.166                            | 34                  |                           |                     |
| b) andere Verbindlichkeiten                                      |                            |                                   |                                  |                     |                           |                     |
| bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist               | 1.310                      | 1.068                             | 3.560                            | 999                 |                           |                     |

Anteilige Zinsen werden nach § 11 Satz 3 RechKredV nicht in die Fristengliederung einbezogen.

## Latente Steuern

Nennenswerte Unterschiedsbeträge entfallen auf folgende Bilanzpositionen:

| Positionen   | Erläuterung der Differenz                                       |
|--|---|
| Aktive latente Steuern                               |   |
| Forderungen an Kreditinstitute                       | Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB                               |
| Forderungen an Kunden                                | Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB                               |
| Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere | steuerliche Ausgleichsposten                                    |
| Beteiligungen  | steuerlich nicht zu berücksichtigende Abschreibungen            |
| andere Rückstellungen                                | unterschiedliche Parameter bzw. steuerrechtlich nicht anerkannt |
| Pensionsrückstellungen                               | unterschiedliche Parameter                                      |

Der Berechnung wurden ein Körperschaftsteuersatz (einschließlich Solidaritätszuschlag) von 15,825 % und ein Gewerbesteuersatz von 15,727 % zugrunde gelegt. Mit Ausnahme der Differenzen bei den Personengesellschaften, für die lediglich der Körperschaftsteuersatz (einschließlich Solidaritätszuschlag) relevant ist, macht der gesamte Ertragssteuersatz bei den übrigen Unterschieden 31,552 % aus.

Saldiert ergibt sich ein Überhang aktiver latenter Steuern, für den das Aktivierungswahlrecht nicht genutzt wurde.

Der Unterschied zwischen dem ausgewiesenen, auf der Grundlage der steuerlichen Regelungen ermittelten Steueraufwand und dem aus der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung erwarteten Steueraufwand ist im Wesentlichen auf die Veränderung des Fonds für allgemeine Bankrisiken und die steuerlich nicht berücksichtigten Abschreibungen zurückzuführen.

## Nicht aus der Bilanz ersichtliche Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen gemäß § 285 Nr. 3a HGB

Die Sparkasse Erwitte-Anröchte ist aufgrund des Tarifvertrags über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes verpflichtet, für ihre Beschäftigten eine zu einer Betriebsrente führende Versicherung bei einer Zusatzversorgungskasse abzuschließen. Sie ist deshalb Mitglied der Kommunale Zusatzversorgungskasse Westfalen-Lippe (kvw-Zusatzversorgung). Trägerin der kwv-Zusatzversorgung sind die Kommunalen Versorgungskassen Westfalen-Lippe (kvw). Die kwv-Zusatzversorgung ist eine rechtlich unselbstständige aber finanziell eigenverantwortliche Sonderkasse der kwv.

Aufgabe der kwv-Zusatzversorgung ist es, den Beschäftigten ihrer Mitglieder neben der gesetzlichen Rente eine zusätzliche Versorgung im Alter, bei Erwerbsminderung und für die Hinterbliebenen zu gewähren. Die gezahlten Renten werden jeweils am 01.07. eines Jahres um 1,0 % angepasst.

Die Finanzierung der Leistungen der kwv-Zusatzversorgung erfolgt nach dem Abschnittsdeckungsverfahren. Die Höhe der Einzahlungen wird deshalb alle drei Jahre nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt. Dabei wird ein unendlicher Deckungsabschnitt in den Blick genommen, der es ermöglicht, die Entwicklung der Auszahlungsverpflichtungen langfristig abzuschätzen und die erforderlichen Umlage- und Sanierungsgeldeinnahmen zu ermitteln. Der Hebesatz beträgt im Jahr 2016 7,75 %. Die an die kwv-Zusatzversorgung geleisteten Zahlungen der Sparkasse betragen im Jahr 2016 TEUR 288.

Wenn ein Mitglied die kww-Zusatzversorgung verlassen will, ist eine vom verantwortlichen Aktuar der Kasse nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelte Ausgleichszahlung für die bei der kww-Zusatzversorgung verbleibenden Zahlungsverpflichtungen erforderlich. Im Falle des Austritts der Sparkasse zum 31.12.2015 hätte die Ausgleichszahlung TEUR 10.832 betragen. Nach § 15a der Satzung der kww-Zusatzversorgung entspricht die Ausgleichszahlung dem Barwert der zum Zeitpunkt der Beendigung der Mitgliedschaft bestehenden Verpflichtungen zuzüglich einer Verwaltungskostenpauschale von 2 % des Barwerts. Der Barwert ist auf der Grundlage des zum Zeitpunkt der Beendigung der Mitgliedschaft gültigen Höchstrechnungszinses gemäß § 2 Abs.1 der Deckungsrückstellungsverordnung zu ermitteln, höchstens mit einem Zinssatz von 2,75 %. Dieser beträgt derzeit 1,25 %. Weitere Einzelheiten zur Ermittlung des Ausgleichsbetrags (z. B. biometrische Grundlagen im Einzelnen, Berücksichtigung von Rentenanpassungen und Hinterbliebenenversorgung) regeln die "Durchführungsvorschriften zu §§ 15a und 15b kww-Satzung". Eine Angabe zu einer möglichen Ausgleichszahlung zum 31.12.2016 kann von der kww-Zusatzversorgung erst im dritten Quartal 2017 gemacht werden, da die entsprechenden versicherungsmathematischen Berechnungen zur Ermittlung des Ausgleichsbetrages erst durchgeführt werden können, wenn alle Jahresmeldungen der Mitglieder vorliegen und verarbeitet sind.

Die Sparkasse ist dem bundesweiten Sicherungssystem der deutschen Sparkassenorganisation angeschlossen, das elf regionale Sparkassenstützungsfonds durch einen überregionalen Ausgleich miteinander verknüpft. Zwischen diesen und den Sicherungseinrichtungen der Landesbanken und der Landesbausparkassen besteht ein Haftungsverbund. Durch diese Verknüpfung steht im Stützungsfall das gesamte Sicherungsvolumen der Sparkassen-Finanzgruppe zur Verfügung.

Das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe, das von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) als Einlagensicherungssystem nach dem Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) amtlich anerkannt ist, besteht aus:

1. Freiwillige Institutssicherung

Primäre Zielsetzung des Sicherungssystems ist es, die angehörenden Institute selbst zu schützen und bei diesen drohende oder bestehende wirtschaftliche Schwierigkeiten abzuwenden. Auf diese Weise soll ein Entschädigungsfall vermieden und die Geschäftsbeziehung zum Kunden dauerhaft und ohne Einschränkungen fortgeführt werden.

2. Gesetzliche Einlagensicherung

Das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe ist als Einlagensicherungssystem nach EinSiG amtlich anerkannt. In der gesetzlichen Einlagensicherung haben die Kunden gegen das Sicherungssystem neben bestimmten Sonderfällen einen Anspruch auf Erstattung ihrer Einlagen bis zu TEUR 100. Dieser gesetzliche Entschädigungsfall ist jedoch eine reine Rückfalllösung für den Fall, dass die freiwillige Institutssicherung ausnahmsweise nicht greifen sollte.

Die Sparkasse ist nach § 48 Abs. 2 Nr. 5 EinSiG verpflichtet, gegenüber dem SVWL und dem DSGVO als Träger des als Einlagensicherungssystem anerkannten institutsbezogenen Sicherungssystems der Sparkassen-Finanzgruppe zu garantieren, dass die Jahres- und Sonderbeiträge sowie die Sonderzahlung geleistet werden.

Für die Sparkasse beträgt das bis zum Jahr 2024 aufzubringende Zielvolumen TEUR 892. Bis zum 31.12.2016 wurden TEUR 340 eingezahlt.

Das EinSiG lässt zu, dass bis zu 30 % der Zielausstattung der Sicherungssysteme in Form von unwiderruflichen Zahlungsverpflichtungen (Payment Commitments) aufgebracht werden können. Von dieser Möglichkeit hat die Sparkasse in Höhe von TEUR 20 Gebrauch gemacht. Die Payment Commitments sind vollständig durch Finanzsicherheiten unterlegt.

Auf der Grundlage des verbindlichen Protokolls vom 24.11.2009 wurde mit Statut vom 11.12.2009 zur weiteren Stabilisierung der ehemaligen WestLB AG, Düsseldorf, die Erste Abwicklungsanstalt (EAA) gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz errichtet. Der Sparkassenverband Westfalen-Lippe (SVWL), Münster, ist entsprechend seinem Anteil an der EAA von 25,03 % verpflichtet, liquiditätswirksame Verluste der EAA, die nicht durch das Eigenkapital der EAA ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von EUR 2,25 Mrd. zu übernehmen. Indirekt besteht für die Sparkasse entsprechend ihrem Anteil am Verband eine aus künftigen Gewinnen zu erfüllende Verpflichtung, die nicht zu einer Belastung des am Bilanzstichtag vorhandenen Vermögens führt. Daher besteht zum Bilanzstichtag nicht die Notwendigkeit zur Bildung einer Rückstellung.



Für die mit der Auslagerung des Portfolios der ehemaligen WestLB AG auf die EAA verbundene indirekte Verlustausgleichspflicht sammelt die Sparkasse seit dem Geschäftsjahr 2010 über einen Zeitraum von 25 Jahren aus künftigen Gewinnen bis zu EUR 7,3 Mio an. Zum 31.12.2016 hat die Sparkasse EUR 1,5 Mio der Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB für die indirekte Verlustausgleichspflicht gebunden.

Nach Ablauf von 7 Jahren fand unter Einbeziehung aller Beteiligten eine Überprüfung des Vorsorgebedarfs statt. Danach liegen die in den Verträgen mit dem Land Nordrhein-Westfalen vereinbarten Voraussetzungen zur Aussetzung der weiteren Dotierung der Ansparrücklage vor. Die Sparkasse hat im Jahr 2016 von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die Dotierung der Ansparrücklage auszusetzen. Sofern künftig aufgrund der Verpflichtung eine Inanspruchnahme droht, wird die Sparkasse in entsprechender Höhe eine Rückstellung bilden.

Die Sparkasse ist nach § 32 SpkG des Landes Nordrhein-Westfalen Mitglied des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe (SVWL). Der Anteil der Sparkasse am Stammkapital des Verbandes beträgt zum Bilanzstichtag 0,34 %. Der Verband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und hat die Aufgabe, das Sparkassenwesen bei den Mitgliedssparkassen zu fördern, Prüfungen bei den Mitgliedssparkassen durchzuführen und die Aufsichtsbehörde gutachterlich zu beraten. Zu diesem Zweck werden auch Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen des Finanzsektors gehalten. Für die Verbindlichkeiten und sonstigen Verpflichtungen des Verbandes haften sämtliche Mitgliedssparkassen. Der Verband erhebt nach § 23 der Satzung des Verbandes eine Umlage von den Mitgliedssparkassen, soweit seine sonstigen Einnahmen die Geschäftskosten nicht decken.

**Angabe des vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechneten Gesamthonorars gemäß § 285 Nr. 17 HGB**

|                               | TEUR       |
|-------------------------------|------------|
| Abschlussprüferleistungen     | 116        |
| Andere Bestätigungsleistungen | 22         |
| <b>Gesamtbetrag</b>           | <b>138</b> |

**Mitarbeiter/innen**

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

|                            | 2016      | 2015       |
|----------------------------|-----------|------------|
| Vollzeitkräfte             | 50        | 55         |
| Teilzeit- und Ultimokräfte | 36        | 40         |
| <i>Zwischensumme</i>       | <i>86</i> | <i>95</i>  |
| Auszubildende              | 6         | 6          |
| <b>Insgesamt</b>           | <b>92</b> | <b>101</b> |

**Nachtragsbericht gemäß § 285 Nr. 33 HGB**

Im dritten Quartal 2016 hat der Verwaltungsrat auf Vorschlag des Vorstands beschlossen, in Sondierungsgespräche mit der Sparkasse Lippstadt einzutreten. Zielsetzung ist die Klärung, ob diese Sparkassen den Herausforderungen, denen sich insbesondere regionale Kreditinstitute stellen müssen, besser gemeinsam begegnen können. Es gilt auch mittelfristig ein leistungsstarkes Angebot für die Bürger und Unternehmen in der Region sicherzustellen.

Die Verwaltungsräte beider Häuser haben am 21.02.2017 Anhörungsbeschlüsse gefasst, in denen sie den Trägern jeweils einstimmig eine entsprechende Fusion empfehlen. Die Fusionsbeschlüsse durch die Träger sollen im April 2017 gefasst werden.

## **Verwaltungsrat**

Wessel, Peter  
Vorsitzendes Mitglied  
Bürgermeister der Stadt  
Erwitte

Meinberg, Hans-Alfred  
1. Stv. des vors. Mitglieds  
techn. Landesbeamter i. R.

Lohoff, Rüdiger  
2. Stv. des vors. Mitglieds  
staatl. gepr. Betriebswirt,  
Geschäftsführer,  
Maschinenfabrik

Deimel, Ludwig  
Dipl.-Finanzwirt,  
selbstst. Steuerberater

Knoche, Hans-Peter  
Dipl.-Kaufmann, Geschäfts-  
bereichsleiter, IT-Dienst-  
leistungsunternehmen

Fischer, Martin  
Oberstudiendirektor

Metzner, Klaus  
Einkaufsleiter,  
Automobilzulieferer

Bürger, Mattias  
Polizeibeamter

Lehmenkühler, Torsten  
Sparkassenangestellter

Schwarz, Ulrike  
Dipl.-Kauffrau,  
zz. Familienzeit

Sellmann, Thomas  
Sparkassenangestellter

Strauch, Lothar  
Studiendirektor

## **Stellvertreter Verwaltungsrat**

Kleere, Thorsten  
Dipl.-Ingenieur,  
Geschäftsführer,  
Ingenieurbüro für  
dezentrale Energie-  
versorgung

Zawischa, Manfred  
selbstst. Versicherungs-  
fachmann

Brinkmann, Hermann-Josef  
selbstst. Apotheker

Spiegel, Carsten  
Dipl.-Betriebswirt  
Controller,  
IT-Unternehmen

Meyer, Uwe  
Außendienstmitarbeiter,  
Großhandel für Haushalts-  
waren u. Gartenmöbel

Niehaus, Martin  
Prozessplaner,  
Automobilzulieferer

Knoop, Theodor  
Verwaltungsfachangestellter,  
Landesbetrieb Straßenbau  
NRW

Reen, Rolf  
Industriemeister,  
Metallwarenfabrik

Bremeier, Sabine  
Sparkassenangestellte

Thomas Gerwin,  
Verwaltungsbeamter,  
Immobilienmanage-  
ment Stadt Soest

Kaufmann, Tobias  
Sparkassenangestellter

## **Vorstand**

Franzke, Helmut

Vorsitzender

Weber, Frank T.  
Mitglied

## **Bestätigungsvermerk und Veröffentlichung**

Der vollständige Jahresabschluss wurde von der Prüfungsstelle des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Nach der Beschlussfassung der Vertretung des Trägers wird der Jahresabschluss nebst Bestätigungsvermerk und Lagebericht im Bundesanzeiger veröffentlicht.

**Impressum:**  
Sparkasse Erwitte-Anröchte  
Lippstädter Str. 5/7  
59597 Erwitte  
Tel. 02943 988-0  
[www.spk-ea.de](http://www.spk-ea.de)  
[info@spk-ea.de](mailto:info@spk-ea.de)

